

# Indiens Sicherheitskonzept

von  
Citha D. Maaß

## 1 Einleitung

Zwei Jahre nach den Nukleartests in Südasien ist die bisherige Isolation Indiens durch eine neue Politik der Einbindung ersetzt worden, erkennbar an den Staatsbesuchen von Präsident Bill Clinton und Außenminister Joschka Fischer im März bzw. Mai 2000. Für eine gemeinsame europäische Asienpolitik erwachsen dadurch neue ordnungs- und sicherheitspolitische Herausforderungen, denn mit den südasiatischen Konflikten werden die bekannten Sicherheitsrisiken in Asien durch bislang vernachlässigte Komponenten erweitert. Dazu gehören als die wichtigsten Bedrohungen: der indisch-pakistanische Dauerkonflikt mit dem Kaschmir-Kernkonflikt und einer nuklearen Dimension sowie Indiens ehrgeizige Sicherheits- und Rüstungspolitik, deren nukleare Komponente durch den zentralen Fixpunkt China bestimmt wird.

Um New Delhi erfolgreich einzubinden, ist eine Korrektur des jahrzehntelang gepflegten Indienbilds zu empfehlen. Das seit Ende der 80er Jahre von verschiedenen indischen Regierungen vorangetriebene Nuklearprogramm, die tief greifenden konfliktträchtigen Veränderungen der indischen Gesellschaft in den 90er Jahren und der dadurch begünstigte Aufstieg der Hindunationalisten haben dazu geführt, dass Indien mit einem neuen, nationalistisch geprägten Selbstbewusstsein mehr internationale Mitsprache fordert. Das könnte den Dialog mit deutschen und europäischen Partnern erschweren, denn Indiens hohe Selbsteinschätzung und sein globaler Statusanspruch decken sich nicht mit den ordnungs- und sicherheitspolitischen Prioritäten, die die Mitglieder der Europäischen Union (EU) in Asien und im globalen System verfolgen.

Damit der Dialog mit der „neuen“ Nuklearmacht Indien erfolgreich verläuft, ist zum einen ein grundlegendes Missverständnis zu vermeiden: Der breite nationale Konsens in Fragen der indischen Sicherheits-, Rüstungs- und Nuklearpolitik weist darauf hin, dass viele nationale Anliegen in der „veröffentlichten Meinung“ parteiübergreifend konform bewertet und unterstützt werden. Zum anderen sollten sich europäische Partner bewusst machen, dass folgende Aspekte Indiens neues Selbstverständnis charakterisieren:

- *Merkmale des sicherheitspolitischen Diskurses:* Trotz einer lebendigen Demokratie und einer freien Presse werden grundlegende Sicherheitsfragen nicht im Parlament und in der Öffentlichkeit diskutiert. Dadurch können sich keine unterschiedlichen strategischen Denkschulen entwickeln. Die wenigen Kritiker einer nuklearen Aufrüstung werden als „unpatriotisch“ marginalisiert. Der „nationale Konsens“ bleibt diffus, weil er sich nicht im Detail und im Verlauf einer kritischen Auseinandersetzung herausgebildet hat.
- *Dynamische Rüstungspolitik:* Indien verfolgt eine ehrgeizige Aufrüstung in allen Teilbereichen der nationalen Verteidigung: Die konventionellen, nuklearen, ballistischen und maritimen Kapazitäten sollen in einem mittel- bis langfristigen Zeitrahmen (25–30 Jahre) quantitativ und qualitativ aufgestockt werden. Potenziell destabilisierende Auswirkungen auf die asiatischen Machtstrukturen werden offenbar nicht ausreichend berücksichtigt.
- *Ungewohnt weit gefasster Sicherheitsbegriff:* Neben klassisch-militärischen Sicherheitsinteressen werden auch andere Interessen zu sicherheitspolitischen Zielsetzungen aufgewertet. Dazu gehören insbesondere nationale Bestrebungen, die Indiens Aufstieg zu einer „Industriegroßmacht“ gewährleisten sollen.
- *Sicherheitskonzept als Instrument der ordnungspolitischen Ambitionen Indiens:* Indiens Sicherheitskonzept lässt darauf schließen, dass es nicht nur sicherheitspolitischen Anliegen, sondern auch weiter reichenden ordnungspolitischen Fernzielen dienen soll.
- *Infragestellung des globalen ordnungspolitischen Status quo:* Indien will zu einem Global Player im internationalen System aufsteigen und Teil eines „polyzentrischen Systems“ werden. Diesem Ziel dienen in konzeptioneller Hinsicht die Ausweitung des Sicherheitsbegriffs und in strategischer Hinsicht die Ausdehnung der von Indien beanspruchten Sicherheitssphäre. Für letztere soll der flexibel zu definierende Begriff „Southern Asia“ eingeführt werden.

## 2 Indiens „Vision“ seiner zukünftigen internationalen Rolle: Sicherheitspolitischer Bezugsrahmen

Von den globalen Machtverschiebungen in den 90er Jahren waren natürlich alle Staaten betroffen. In welcher Form sich das jedoch auf die einzelnen Staaten auswirkte, hing davon ab, *wie* die Staaten auf die Veränderungen reagierten, ob sie neue Initiativen ergriffen oder mit Resignation auf eine eventuelle Statureinbuße nach dem Ende des Kalten Krieges reagierten. Unterschiede ließen sich insbesondere dabei erkennen, welche Strategien die einzelnen Regierungen konzipierten, um ihre Sicherheitsbedürfnisse angesichts der neuen Rahmenbedingungen zu optimieren.

Im Falle Indiens standen zwei Fragen im Vordergrund: Wie definierte und legitimierte Indien das Fernziel, das es im Verlauf der globalen Systemneueordnung erreichen wollte? Und welche Strategie entwickelte es, um diese Zielvorgabe zu realisieren?

Eine vorläufige Bestimmung des Fernziels illustrierte bereits, dass es sich dabei keinesfalls um bescheidene Ambitionen handelte. Als exemplarisch konnte die „Vision“ gelten, die L.K. Advani am 21. November 1999 auf den Slogan brachte: „Let the 21st century be India’s century“. Und er fügte hinzu, dass Indien über die entsprechenden Voraussetzungen verfügte:

We finally believe that India has the potential – natural, and civilizational – to emerge as a front-ranking nation in the world. India was indeed a global leader in the peak periods of our civilization. It was a leader not only in philosophy and culture, but also in material development.<sup>1</sup>

Diese Vision enthielt zentrale Elemente, die den Bezugsrahmen für Indiens zukünftige Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Technologiepolitik bildeten. Politisches und ideologisches Gewicht gewann die Vision durch die Person, die sie vortrug: L.K. Advani. Er war nicht nur Innenminister der von der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) angeführten Koalitionsregierung, sondern zugleich auch der „starke Mann“ innerhalb der BJP. Er personifizierte den „harten“ Parteiflügel und ergänzte damit den als „liberal“ und „konsensfähig“ eingestuften Premierminister Atal Behari Vajpayee.

Als symbolisch konnte der Anlass für Advanis Ansprache gelten, denn es handelte sich um das Treffen der einflussreichen Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI). Damit demonstrierte Advani, dass Wirtschaftskraft und technologische Entwicklung das eigentliche Fundament

---

<sup>1</sup>Zit. aus: Innenminister L.K. Advani, „Let 21st century be India’s century“, Ansprache vor der Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI), 21.11.1999, [bjp.org/news/jan1700a.htm](http://bjp.org/news/jan1700a.htm).

für Indiens zukünftigen internationalen Status bilden sollten. Und schließlich klärte Advani unmissverständlich, womit Indien seinen globalen Führungsanspruch legitimierte, nämlich mit seiner historisch erwiesenen kulturellen Größe („Kultur“, im Englischen: *civilization*).

Ein weiteres wesentliches Element des konzeptionellen Bezugsrahmens wurde deutlich, wenn man die Begründung für die indischen Nukleartests heranzog. In seiner ersten Erklärung nach den Nukleartests, die Premierminister Vajpayee vor beiden Häusern des indischen Parlaments am 27. Mai 1998 abgab, hob er zunächst hervor, dass die erfolgreichen Nukleartests Indien „a renewed sense of national pride and self-confidence“ gegeben hätten. Dann konstatierte er kategorisch:

India is now a nuclear weapon state. This is a reality that cannot be denied. It is not a conferment that we seek; not is it a status for others to grant. It is an endowment to the nation by our scientists and engineers. It is India's due, the right of one sixth of humankind.<sup>2</sup>

Auf Vajpayee's Statement reagierten indische Sicherheitsstrategen zwar auch mit verhaltenem Zweifel an Indiens „Rechts“anspruch. Doch überwog deutlich die Bereitschaft, die Regierung in ihrem Bemühen zu unterstützen, diesen Anspruch international auch durchzusetzen.

Den Schlüssel zu Indiens „Rechts“anspruch auf Nuklearwaffen lieferte ein Argument, das unmittelbar nach den Tests ganz offen zugegeben, dann aber bald kategorisch geleugnet wurde. Bemerkenswert war, dass die Erklärung ausgerechnet von Jaswant Singh stammte, kurz bevor er zum Außenminister und Chefunterhändler in dem strategischen Dialog mit Washington ernannt wurde. Aus einem unmittelbar nach den Tests verfassten „Postscript“, das er noch in seiner einflussreichen Funktion als Deputy Chairman der Planning Commission schrieb, ging hervor, dass Indien Nuklearwaffen als *Machtattribute* internationaler Großmächte betrachtete:

There is also the factor of the currency of power. If the P-5<sup>3</sup> continue to employ this currency in the form of nuclear weapons, as an international communicator of force, then how is India, to voluntarily devalue its own state power, which it has to, afterall, employ for its own national security? It is this reasoning that lies behind the evolution of Indian nuclear thought in the past fifty years.<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup>Zit. aus: „Suo Motu Statement By Prime Minister Mr. Atal Bihari Vajpayee In Both Houses Of Indian Parliament On 27th May, 1998 On India's Nuclear Tests & Nuclear Policy“, Embassy of India, Bonn, 28.5.1998, [www.indianembassy.de/980528e2.htm](http://www.indianembassy.de/980528e2.htm).

<sup>3</sup>Mit P-5 werden in Indien regelmäßig die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats bezeichnet, die allein Vetorecht besitzen und zugleich die fünf „offiziellen“ Nuklearwaffenstaaten im Sinne des Nichtverbreitungsvertrags sind.

<sup>4</sup>Zit. aus: Jaswant Singh, *Defending India*, Houndmills/UK, New York, Chennai/India 1999, S.327.

Diese Argumentation deutet auf eine Einschätzung hin, die sich im indischen Denken herausgebildet hat<sup>5</sup> und die von indischen Sicherheitsexperten auch offen angesprochen wird: nämlich, dass eine direkte Beziehung zwischen dem Besitz von Nuklearwaffen und dem internationalen Status bestehe.<sup>6</sup>

Von dieser freimütig eingeräumten Bewertung distanzierte sich jedoch umgehend die indische Regierung. Nun sollte gezielt das Argument entkräftet werden, dass der Aspekt „Nuklearwaffen als Machtattribut“ mit zu dem Motivbündel gehört habe, das Indien zu seiner nuklearen Bewaffnung veranlasst hatte. Ob das einen echten Sinneswandel andeutete oder lediglich als eine taktische Maßnahme einzustufen war, um sich internationaler Kritik zu entziehen, wird sich an Indiens zukünftiger nuklearer Rüstungspolitik ablesen lassen.

Jedenfalls wurden fortan als das wichtigste nationale Interesse und die höchste strategische Priorität – und damit als offizielle Richtlinie für den Aufstieg zu einer Großmacht – die sozioökonomische Entwicklung genannt. Exemplarisch dafür sei Jasjit Singh genannt, der Direktor des regierungsnahen Institute for Defense Studies and Analyses (IDSA) und Mitautor des im August 1999 veröffentlichten Entwurfs einer Nukleardoktrin ist. Bereits im Juli 1998 beantwortete er die Frage „Why nuclear weapons?“ dahingehend, dass „Indien nicht wegen des Prestiges oder Status Nuklearwaffen benötige“.<sup>7</sup>

Den Bogen der offiziellen, semioffiziellen und informellen Originaltöne soll ein Zitat von Jaswant Singh abrunden, in dem er Indiens selbst deklarierte Mission im internationalen System des 21. Jahrhunderts umriss:

Today, India is a nuclear weapon state. This adds to our sense of responsibility as a nation that is committed to the principles of the UN Charter and promoting regional peace and stability. Efforts for closer engagement with our neighbours

---

<sup>5</sup>Vgl. George Tanham, *Indian Strategic Thought. An interpretative essay*, Rand Corporation R-4207-USDP 1992, S.60.

<sup>6</sup>Beispielhaft sei P.M. Kamath, „Indian Nuclear Strategy: A Perspective for 2020“, in: *Strategic Analysis*, Vol.XXII, No.12, March 1999, [www.idsa-india.org/an-mar9-9.html](http://www.idsa-india.org/an-mar9-9.html), genannt: „[...] the point has not been missed amongst the observers of international relations that it is non-possession of nuclear weapons that is a factor responsible for the secondary status of Japan and Germany“ (S.2). „The vehemence with which the advice is given by the US and China to India not to tread on the nuclear path, indicates the existence of a close relationship between nuclear weapons and major power status“ (S.5).

<sup>7</sup>Air Commodore Jasjit Singh (ed.), *Nuclear India*, New Delhi, July 1998, S.9-10: „To start with, it is necessary to state clearly and firmly that *India does not require nuclear weapons for prestige or status*. It is the largest democracy in the world that is in the middle of human history’s most ambitious experiment, to transform a traditional culture into a modern society, an agrarian de-industrialised economy into a developed system, a stratified social system into a more equitable order, all through consultative political processes. Our strategic priority continues to be the socio-economic development of the nearly one sixth of humanity that constitutes our nation. India’s prestige and status, in the ultimate analysis, will be decided by the way we solve our problems and how we conduct ourselves in the face of evolving geo-strategic and geo-economic realities“ (Hervorhebung im Original).

will be strengthened. Our dialogues with other key partners will be intensified covering the entire range of issues which require collective consideration.

As a civilization that has traditionally been outward looking and as an independent non-aligned country with a long demonstrated commitment to multilateralism, we remain confident that a strong and stable India will be seen as a responsible and engaged member of the international community as we move towards meeting the challenges of the 21st century.<sup>8</sup>

Eine starke, in sich gefestigte und souveräne Nation, getragen von ihrem einzigartigem kulturellen Fundament, dank einheimischer technologischer Entwicklung auf dem Weg zu einer Industriegroßmacht, versteht sich als internationaler und regionaler Friedens- und Stabilitätsfaktor in den tief greifenden Veränderungen im kommenden Jahrhundert: Dies ist die Vision, die Indien von sich selbst, seiner zukünftigen globalen Rolle und seiner Mission für die Menschheit hegt.

### 3 Kollektive Erfahrungen mit äußeren und inneren Sicherheitsrisiken seit der Unabhängigkeit Indiens

Das ambitionierte Vorhaben setzte voraus, dass es durch eine Sicherheitspolitik gestützt und ergänzt wurde, die Indien eine Konzentration seiner knappen Ressourcen auf prioritäre Sicherheitsrisiken ermöglichen sollte. Schließlich war, wie Bill Clinton kurz vor seiner Südasienreise nicht umsonst gewarnt hatte,<sup>9</sup> Indien in einen besonders brisanten Konfliktherd involviert. Und ein Rückblick auf Indiens sicherheitspolitische Erfahrung zeigte, dass es – auch in der Periode des *Kalten* Krieges – bereits mehrfach unter *heißen* Kriegen gelitten hatte. Auch hatte es militärische „Ordnungsmissionen“ in seiner südasiatischen Nachbarschaft durchgeführt:

- Herbst 1947: von Massakern und Vertreibungen begleitete Unabhängigkeit und Teilung zwischen Indien und Pakistan;
- Oktober 1947 - Dezember 1948: 1. Kaschmirkrieg;
- Oktober - November 1962: indisch-chinesischer Krieg;
- Frühjahr 1965: Grenzkonflikt im Rann of Kutch entlang eines umstrittenen Grenzabschnitts zwischen Indien und Pakistan;
- September 1965: 2. Kaschmirkrieg;

<sup>8</sup>Zit. aus: Press Statement by Shri Jaswant Singh, 18.5.1998, Embassy of India, Bonn, [www.indianembassy.de/980520\\_e3.htm](http://www.indianembassy.de/980520_e3.htm).

<sup>9</sup>So bezeichnete Clinton Südasien als „heute den vielleicht gefährlichsten Ort der Welt“. Zit. aus: Bernard Imhasly, „Neuorientierung der Südasienpolitik der USA“, in: *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ), 18./19.3.2000.

- März - Dezember 1971: innerpakistischer Separations-/Unabhängigkeitskampf in Ostpakistan, Abspaltung Bangladeschs dank Indiens militärischem Eingreifen; in der Nachfolge Simla-Abkommen zwischen Indien und Pakistan vom Juli 1972;
- seit Frühsommer 1984: Hochgebirgskrieg auf dem ca. 6.000 m hohen Siachen-Gletscher in Kaschmir/Himalaya;
- Juli 1987 - März 1990: fehlgeschlagene indische „Ordnungsmission“ im Tamilenkonflikt in Sri Lanka unter Einsatz indischer Truppen;
- November 1988: erfolgreiche „Ordnungsmission“ Indiens auf den Malediven;
- seit 1989/90: Ausweitung des Separationskampfes der muslimischen Kaschmiris zu einem „low intensity warfare“ im indischen Kaschmirtal;
- Mai - Juli 1999: knapp dreimonatiger Grenzkrieg im Abschnitt Kargil-Das entlang der Line of Control (LoC) in Kaschmir.

Noch nicht berücksichtigt wurden in dieser Aufzählung Gefährdungen der *inneren* Sicherheit. Zusätzlich zu den regelmäßig aufflammenden Zusammenstößen zwischen Hindus und Muslimen hatte Indien zahlreiche innenpolitische Krisen (darunter beispielsweise den von Indira Gandhi verhängten „Notstand“ Juni 1975 - März 1977) und militante Separationsbewegungen zu bewältigen, die Indien seit seiner Unabhängigkeit belasteten und die sich oftmals über Jahrzehnte hinzogen. Somit hatten vielfältige und lang anhaltende Bedrohungen ebenso wie kurze, offene Kriege, die allerdings immer von einer Berufsarmee in einem begrenzten Territorium ausgetragen wurden und niemals zu einem umfassenden Krieg eskaliert waren, das Sicherheitsverständnis des indischen Staates und seiner politischen Eliten geprägt.

Angesichts dieser vielfachen Bedrohung der äußeren und inneren Sicherheit konnte angenommen werden, dass in Indien mit seiner lebendigen Demokratie und seiner freien Presse sicherheitspolitische Grundsatzfragen über die Jahrzehnte hinweg intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Ebenfalls konnte davon ausgegangen werden, dass sich aus diesen kollektiven Erfahrungen von „Krieg“, „Bedrohung“ und „Sicherheit“ ein differenziertes Spektrum unterschiedlicher strategischer Denkschulen und konzeptioneller Ansätze entwickelt hatte.

Diese Erwartungen trafen jedoch nicht zu. Vielmehr zeichnete sich der sicherheitspolitische Diskurs dadurch aus, dass er auffällig vage blieb. Zwar wurde das „nationale Interesse“ oft zitiert, doch wurde es nicht analytisch nachvollziehbar bestimmt. Regierungen unterschiedlicher politischer Couleur legitimierten ihre Entscheidungen immer wieder damit, dass sie sich auf einen breiten „nationalen Konsens“ in sicherheitspolitischen Grundsatzfragen stützen könnten. Doch wie sich letztlich dieser „nationale Konsens“ herausgebildet hatte, blieb unklar.

## 4 Merkmale des sicherheitspolitischen Diskurses in Indien: Thesen

Warum der sicherheitspolitische Diskurs so diffus blieb, soll anhand von drei Thesen erläutert werden:

- *Tabuisierungsthese*: Die erfolgreiche Tabuisierung sicherheitspolitischer Fragen unterband eine offene, durchaus auch kontrovers geführte Debatte.
- *Strategiethese*: Die fehlende Tradition eines „strategischen Denkens“ erschwerte die Herausbildung konkurrierender Denkschulen, die unterschiedliche Ansätze für Sicherheitsanalysen propagierten.
- *Paradigmenthese*: Die Verschiebungen im globalen strategischen Umfeld Indiens koinzidierten mit innenpolitischen Veränderungen, die durch den Aufstieg des Hindunationalismus bestimmt waren; deshalb wurde die in den 90er Jahren aufgelebte Sicherheitsdebatte vom ideologischen Paradigma des Hindunationalismus geprägt.

### 4.1 Tabuisierungsthese

Um einem möglichen Missverständnis vorzubeugen: Die These will nicht besagen, dass in der indischen Gesellschaft keine divergierenden Ansichten zu sicherheitspolitischen Fragen oder zentralen Anliegen des „nationalen Interesses“ bestanden.<sup>10</sup> Vielmehr soll dargelegt werden, dass nationalistisch begründete Tabus den sicherheitspolitischen Diskurs, wie er sich in der *veröffentlichten* Meinung widerspiegelte, einschränkten und ihm spezifische Merkmale gaben. Als Ergebnis war ein breiter „nationaler Konsens“ zwischen Regierung und Öffentlichkeit zu beobachten, der unerwartet diffus wirkte. Darin unterschied sich der Diskurs über Sicherheitsfragen von den öffentlichen Debatten über andere gesellschaftliche Anliegen Indiens.

Rückschlüsse auf die besonderen Regeln der indischen Demokratie erlaubte die Entwicklung der Pressefreiheit. Als Reaktion auf die scharfe „Vorzensur“, die Indira Gandhis jüngerer Sohn Sanjay während der Notstandszeit 1975-1977 ausübte, erkämpften sich insbesondere die *englischsprachigen* Zeitungen in der Folgezeit eine bemerkenswerte Freiheit. Dagegen wurde in Fernsehen und Radio, beides in staatlichem Besitz, erst nach dem Ende der Nehru-Gandhi-Dynastie Ende der 80er Jahre die teilweise wie eine „Hofberichterstattung“

<sup>10</sup>Nur wenige Kritiker der indischen Nuklearpolitik wagen ihre abweichende Meinung öffentlich zu publizieren aus Sorge vor dem Vorwurf, sich „unpatriotisch“ zu verhalten und das „nationale Sicherheitsinteresse“ zu gefährden. Prominenteste Kritiker sind das Autorenteam Praful Bidwai und Achin Vanaik. Vgl. ihr gemeinsames Buch: *South Asia on a Short Fuse. Nuclear Politics and the Future of Global Disarmament*, Oxford University Press, New Delhi et al. 1999.



anmutende Programmgestaltung allmählich reformiert. Die Liberalisierung wurde ursächlich durch die technologische Ausbreitung satellitengestützter internationaler Fernsehkanäle beschleunigt.

Das unbefriedigende Niveau des sicherheitspolitischen Diskurses begründete der Leiter eines mehrjährigen SIPRI-Forschungsprojekts, Ravinder Pal Singh, folgendermaßen: Das geringe Interesse in der Öffentlichkeit und im Parlament sowie der Mangel an verteidigungspolitischen Informationen seien verantwortlich dafür, dass „the situation is thus one of an under-informed yet vocal society“.<sup>11</sup>

Unter der Kategorie „Behavioural Factors“ hob Ravinder Pal Singh die länderspezifische Eigenschaft des Diskurses in Indien hervor. Eine obsessive Geheimhaltung in Sicherheitsfragen wurde legitimiert mit dem Vorwand des „nationalen Interesses“ und eines wohlverstandenen „Patriotismus“. Selbst Anfragen von Parlamentsmitgliedern wurden mit diesem Mittel abgewehrt.<sup>12</sup> Auch wurden den Medien und Parlamentskomitees wesentliche Einzelheiten vorenthalten, so dass die Entscheidungsprozesse in Verteidigungs- und Rüstungsfragen kaum überwacht werden konnten. Dadurch wurde die Entwicklung einer wohl-informierten öffentlichen Diskussion über Anliegen der nationalen Sicherheit unterbunden.<sup>13</sup>

Diese grundsätzliche Einstellung bleibt auch weiterhin unter der neuen BJP-geführten Koalitionsregierung gültig. Dass sie parteiübergreifend gestützt wird, bestätigt eine Gedenkansprache des derzeitigen Verteidigungsministers George Fernandes, der selbst (!) als ehemaliger Sozialist von Indira Gandhi für längere Zeit ohne ordentliches Gerichtsverfahren im Gefängnis festgehalten worden war. So ermahnte George Fernandes die anwesenden Medienvertreter:

---

<sup>11</sup>Vgl. Ravinder Pal Singh, Kap. 3 „India“, in: Ravinder Pal Singh (ed.), *Arms Procurement Decision Making*, Vol.1: *China, India, Israel, Japan, South Korea and Thailand*, SIPRI, Oxford et al. 1998, S.48: „Although India’s democratic institutions include a vibrant free press, its effectiveness is limited by a number of factors. Standards of academic research in certain aspects of national security studies are constrained by the low salience given to defense studies and a relative lack of public information. Lack of interest in defense issues in the lower house of the Indian Parliament (the Lok Sabha) perhaps stems from their low electoral value. The situation is thus one of an underinformed yet vocal society.“

<sup>12</sup>Vgl. Ravinder Pal Singh, a.a.O., S.76: „Secrecy appears to be sanctified by appeal to the national interest or national security. This helps the Government to withhold or release information according to its perception of its own interests. If MPs [Members of Parliament] insist on obtaining information, they can be silenced by questioning their patriotism.“

<sup>13</sup>Vgl. Ravinder Pal Singh, a.a.O., S.77: „Essential details that would facilitate public monitoring of decision-making procedures and processes are available neither to the media nor to legislative bodies such as the Standing Committee on Defense. The professionalism of decision making remains unmonitored and unverified. A culture of excessive secrecy has inhibited the development of an informed public debate on national security issues.“

Dissent is the essence of a democratic polity. But when it comes to matters of national security, it is the unity of purpose and action of the entire people alone which will see us through.<sup>14</sup>

Vor diesem Hintergrund kann es kaum überraschen, dass Regierungen unterschiedlicher Couleur einen „nationalen Konsens“ für ihre jeweilige Sicherheitspolitik reklamieren. Der nationale Konsens besteht tatsächlich, doch ist er nicht das Ergebnis intensiver und kritischer Auseinandersetzungen zwischen sicherheitspolitisch interessierten Bürgern, parlamentarischen Experten der Regierungs- bzw. Oppositionsparteien und den jeweiligen Regierungsvertretern.<sup>15</sup> Statt dessen basiert er auf einer diffusen Übernahme der offiziell propagierten Regierungslinie.

Das gilt vor allem für äußere Sicherheitsprobleme, die nur von geringem Interesse selbst für einen Bürger der politisch aufgeschlossenen städtischen Mittelschicht sind. Zwar lösen Reizwörter wie Pakistan, Kaschmir, China und USA emotional geführte Debatten aus, doch bestätigten diese heißen Diskussionen eher Ravinder Pal Singhs These einer „under-informed yet vocal society“.

Wie der subtile Mechanismus einer „nationalen Konsensbildung“ funktioniert, lernte der indisch-stämmige Wissenschaftler Itty Abraham während seiner Recherchen zu Indiens Nuklearpolitik kennen. Zwar bezogen sich seine Erfahrungen auf die Nuklearpolitik im Besonderen, die verständlicherweise von einer noch höheren „Geheimhaltungsstufe“ und „Verschleierungstaktik“ als die allgemeine Sicherheitspolitik umgeben war. Doch bestätigten viele parallele Erfahrungen aus dem allgemeineren Bereich der Sicherheitspolitik, dass eine grundsätzlich ähnliche Verbindung von patriotisch eingekleideter Tabuisierung und offizieller Legendenbildung den „nationalen Konsens“ hervorbrachte.<sup>16</sup>

<sup>14</sup>Zit. aus: George Fernandes, „Defense Minister, National Security and the Role of the Media“, in: *Strategic Analysis*, Vol. XXII, No. 6, September 1998, [www.idsa-india.org/ansp8-1.html](http://www.idsa-india.org/ansp8-1.html), hier S. 6.

<sup>15</sup>Offensichtlich zeigte auch das derzeitige Parlament kein Interesse an Sicherheitsfragen. Anlässlich der Gedenkfeiern zum einjährigen Kriegsende in Kargil (Kaschmir) wurde in einem Leitartikel beklagt: „The Kargil review panel’s report was placed in the two Houses, even as our parliamentarians were engaged in their none too unusual activity of creating din and mayhem. Predictably, the legislators did not discuss the report. The biggest increase in the defense budget was passed in the two Houses of Parliament without a debate. Our Parliamentarians also did not display any interest in discussing the draft nuclear doctrine by the National Security Advisory Board, though it has evoked comments around the globe.“ Zit. aus: *Times of India* (Tol), 27.7.2000, S. 10.

<sup>16</sup>Itty Abraham fasste im Vorwort zu seinem Buch *The Making of the Indian Atomic Bomb. Science, Secrecy and the Postcolonial State*, London 1998, Hyderabad 1999, S. 4, seine Erfahrungen so zusammen: „The Indian government has been quite unwilling to allow scholars full and unfettered access to the official records of the nuclear complex, on the dubious grounds that questions of national security are at stake. This made me realize that owing to the weight of the official state narrative and the centralization of decision making

Dass sich in der Kerngruppe von Entscheidungsträgern, die letztlich die sicherheitspolitischen Strategien festlegten, und ihrem beratenden Umfeld, der elitären „strategic community“, kaum divergierende Ansätze entwickeln konnten, lässt sich durch die *Strategiethese* erklären.

## 4.2 Strategiethese

Laut dieser These blieb der „nationale Konsens“ so diffus, weil sich in ihm ganz unterschiedliche Elemente miteinander verbanden, ohne dass deren jeweilige Bedeutung kritisch hinterfragt wurde. So spiegelten sich in ihm Faktoren wider wie beispielsweise Indiens kulturspezifische Strategietradition, der reaktive Ad-hoc-Charakter des sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses und die homogene „nationalistische Sozialisation“ der exklusiven „strategic community“. Zugleich begünstigten diese Faktoren, dass der Konsens breitenwirksam rezipiert werden konnte. Offensichtlich wurde das im Verlauf der Kontroverse, die durch eine Studie der Rand Corporation ausgelöst wurde.

Die Rand-Publikation über *Indian Strategic Thought*<sup>17</sup> aus dem Jahre 1992 erregte großes Aufsehen und markierte einen Einschnitt im sicherheitspolitischen Diskurs. Der Autor, George Tanham, hatte im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums die mehrjährige Studie durchgeführt und dabei viele strategische „Insider“ in Indien interviewt.

Seine Schlussfolgerungen wurden verständlicherweise kontrovers von führenden Sicherheitsstrategen in Indien aufgenommen. Seine Kernthese lautete:

India has not had a tradition of strategic thinking; no great strategic thinker appears in Indian history and most modern strategies have been developed by leaders such as Jawaharlal Nehru and Indira Gandhi, who usually couched their theories in general terms based on their own perceptions of the outer world and their own predilections.<sup>18</sup>

Er stellte fest: „The Indian government has never articulated its security strategy in any one place or time.“<sup>19</sup> Charakteristisch für den konzeptionellen Ansatz sei, dass zwar „Elemente einer Verteidigungsstrategie“ entwickelt

---

being in the hands of a few people, most individuals one would have expected to be in a position to know something had replaced their own recollections with the official version of what happened, had never been in a position to know what had transpired at key moments, or just would not talk on the record for various reasons, including fear.“

<sup>17</sup>Vgl. George Tanham, *Indian Strategic Thought. An interpretative essay*, Rand Corporation, Santa Monica 1992, No.R-4207-USDP (im Folgenden zit. als *Strategic Thought*). Eine komprimierte Version erschien als: George Tanham, „Indian Strategic Culture“, in: *The Washington Quarterly*, Vol.15, No.1, Winter 1992, S.129-142 (im Folgenden zit. als „Strategic Culture“.

<sup>18</sup>Zit. aus: Tanham, „Strategic Culture“, S.129-130.

<sup>19</sup>Zit. aus: Tanham, *Strategic Thought*, Anm. 1, S.23.

worden seien, aber nur „wenig formales strategisches Denken und Planen“. Kennzeichnend sei vielmehr ein „reaktives statt eines aktiven“ Vorgehens.<sup>20</sup>

Dieses konzeptionelle Merkmal wurde auch von anderer Seite bestätigt. So kritisierte ausgerechnet K. Subrahmanyam, „der strategische Doyen Indiens“ (Jasjit Singh)<sup>21</sup>, die offizielle Nuklearpolitik:

[...] I despair whether the Indian establishment can be persuaded to apply their mind at all to a nuclear strategic policy [...] [India's] approach to security issues is purely reactive and *ad hocist* [...]<sup>22</sup>

Der Unterschied zwischen den westlichen Methoden einer strategischen Planung und Implementierung und dem indischen Strategieansatz ließ sich am treffendsten als „perzeptioneller Gegensatz“ bezeichnen. Was nach westlichem Verständnis als strategische Schwäche erschien, wurde aus indischer Sicht als konzeptionelle Stärke verstanden. Das ließ sich mit der kulturspezifischen Erfahrung Indiens erklären: Im Laufe der über viele Jahrhunderte anhaltenden Eroberungswellen wurde die kulturelle Fähigkeit entwickelt, fremde Einflüsse zu absorbieren, mit komplexen Gegebenheiten zu leben und widersprüchliche Phänomene nebeneinander bestehen zu lassen.<sup>23</sup>

Nicht das Prinzip eines Entweder-Oder sondern eines Sowohl-Als-auch konnte als konzeptionelle Maxime des indischen Strategieansatzes betrachtet werden. Legte man sich mit einem schriftlich fixierten Strategiedokument fest, so verschloss man sich möglicherweise alternativen Optionen. Ein kurzfristiger pragmatischer Strategiewechsel – bedingt durch eine notwendige Ad-hoc-Reaktion auf neue sicherheitspolitische Konstellationen – wurde dadurch erschwert, denn man musste ja den neuen Kurs auch offiziell legitimieren. Gab man jedoch von Anfang an nur das vage formulierte strategische Fernziel vor, so blieb genügend Spielraum, sich im Verlauf der langfristigen Implementierung flexibel den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Drei Beispiele mögen das illustrieren:

- *Non-Alignment-Politik*: Das von Jawaharlal Nehru entworfene Konzept wurde im Westen lange als „ideologisches Dogma“ missverstanden, das

<sup>20</sup>Übersetzt aus: Tanham, *Strategic Thought*, S.50.

<sup>21</sup>Zit. aus: Jasjit Singh (ed.), *Nuclear India*, a.a.O., S.6.

<sup>22</sup>K. Subrahmanyam 1993, zit. aus: David Cortright and Amitabh Mattoo (eds.), *India and the Bomb. Public Opinion and Nuclear Options*, Notre Dame, Indiana, 1996, Anm. 12, S.20. Zu einer ähnlichen Bewertung gelangte eine SIPRI-Untersuchung, die 40 Jahre indischer Rüstungsbeschaffungspolitik so zusammenfasste: „[...] weapons are procured as much on an *ad hoc* basis as on the strength of informed debatem forethought and planning.“ Zit. aus: Chris Smith, *India's Ad Hoc Arsenal*, SIPRI Stockholm, Oxford et al. 1994, S.3.

<sup>23</sup>Tanham beschrieb die unterschiedliche Haltung so: „The lacunae and ambiguities seem compatible with a culture that encompasses and accommodates readily to complexity and contradiction. They also seem more confusing to Westerners than to Indians, who accept the complexities and contradictions as part of life.“ Zit. aus: Tanham, *Strategic Thought*, Summary, S.V.

Indiens „moralischen Beitrag“ zu einer friedlichen Welt verkörpern sollte. Tatsächlich war es jedoch eine äußerst pragmatische Strategie, um Indiens nationale Interessen im Rahmen des Kalten Krieges optimal durchzusetzen.<sup>24</sup> Dass es sich eben *nicht* um ein genau fixiertes strategisches Konzept handelte, bewies Indira Gandhis flexible Interpretation nach der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion im September 1971. Mit dem Vertrag sicherte sich New Delhi das sowjetische Veto im VN-Sicherheitsrat zu und konnte nun die indischen Truppen in den ostpakistani-sch-bengalischen Krieg schicken. Faktisch höhhlte der Vertrag Indiens Prinzip der Blockfreiheit aus. Diesen Widerspruch verschleierte Indien jedoch in der Folgezeit durch die geschickte Ausgestaltung der neuen „Sonderbeziehung“ zur Sowjetunion.

- *Indira-Südasiens-Doktrin*: Indiens strategisches Ordnungskonzept der südasiatischen Region wurde 1983 in der sog. *Indira-Doktrin* niedergelegt, die dann in *Südasiens-Doktrin* umbenannt wurde.<sup>25</sup> Die Doktrin wurde als *nachträgliche* Legitimation des indischen Eingreifens in den tamilischen Separationskampf in Sri Lanka formuliert. Sie zielte darauf ab, Indiens Rolle als regionale Ordnungsmacht in Südasiens zu begründen. Daraus leitete Indien den Anspruch ab, dass die Nachbarstaaten im Falle interner Konflikte von Indien selbst – und nicht von außerregionalen Mächten wie beispielsweise USA oder China – Unterstützung holen sollten. Obwohl Indien für sich selbst die Prinzipien der nationalen Souveränität, territorialen Integrität und Autonomie in internen Angelegenheiten reklamierte und sie auch ausdrücklich seinen Nachbarn zugesichert hatte, sah es *keinen* Widerspruch darin, wenn es in die internen Belange seiner Nachbarn eingriff, um die „regionale Ordnung“ wiederherzustellen.<sup>26</sup>
- *Entwurf einer Nukleardoktrin*: Am 17. August 1999 überraschte die interimistisch amtierende BJP-Koalitionsregierung die indische und internatio-

---

<sup>24</sup>Vgl. Citha D. Maaß, „Auswirkungen des Zerfalls der Sowjetunion auf Indien und Pakistan“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Asien nach dem Ende der Sowjetunion*, Hamburg 1993, S.164 ff.

<sup>25</sup>Vgl. Dieter Braun, *Indien als Machtfaktor in Asien. Zielsetzungen nach außen, Begrenzungen nach innen*, unveröffentlichtes Manuskript, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1990, S.60. Vgl. auch Citha D. Maaß (unter Mitarbeit von Georg Bautzmann), „Indien“, in: Veronika Büttner/Joachim Krause (Hrsg.), *Rüstung statt Entwicklung? Sicherheitspolitik, Militärausgaben und Rüstungskontrolle in der Dritten Welt*, Baden-Baden 1995, S.152.

<sup>26</sup>Tanham drückte es noch deutlicher aus: „But the policy does not apply when matters of India’s national interest are involved. This may seem like a contradiction to Westerners, but it does not to Indians. The situation decides the policy, and India’s interests will always dominate in such circumstances. Where the subcontinent is concerned, pragmatism and self-interest prevail over morality and idealism.“ Zit. aus: Tanham, *Strategic Thought*, S.31.

nale Öffentlichkeit mit dem Entwurf einer Nukleardoktrin.<sup>27</sup> Wieder war das Konzept *nachträglich* ausgearbeitet worden, um zu begründen, warum Indien nun ein legitimes Recht auf eigene Nuklearwaffen beanspruchte, obwohl es sich jahrzehntelang als führender Advokat einer globalen Abrüstung profiliert hatte. Auch die Dimension der angestrebten „minimalen, aber glaubwürdigen Nuklearabschreckung“ blieb unklar, denn es wurden nur so vage Bezugsgrößen wie „strategisches Umfeld“, „technologische Notwendigkeiten“ und „Bedürfnisse der nationalen Sicherheit“ sowie ein unspezifisches Feindbild („non-country specific“) genannt. Damit folgte Indien wieder seinem konzeptionellen Grundsatz, sich alle Optionen offenzuhalten. Auch negierte es den inhärenten Widerspruch zwischen dem offiziell proklamierten „Grundcharakter“ („*Minimal*“ abschreckung) und dem angestrebten Fernziel (Aufbau einer *Triade* nuklearer Streitkräfte).<sup>28</sup> Dabei bediente sich Indien einer sophistisch anmutenden Argumentation. Wenn es die internationale Sicherheitskonstellation erforderlich machen sollte, könne die „minimale“ Nuklearwaffenkapazität nur in der maximalen Form einer Triade ihre Abschreckungsfunktion „*glaubwürdig*“ erfüllen!

In der Tradition dieses strategischen Verständnisses waren auch die Mitglieder der „strategic community“ sozialisiert worden. Diese fungierte als einflussreicher Beraterkreis für die jeweiligen Regierungen. Ihre privilegierte Stellung und ihre politische Grundgesinnung gingen aus dem Begriff hervor, den George Tanham für sie wählte: „Delhi nationalist elite“.<sup>29</sup>

Zu diesem kleinen Expertenkreis, für den sich die beiden Bezeichnungen „strategic community“ bzw. „sicherheitspolitisches Establishment“ einbürgerten, gehörten: ehemalige Minister vorzugsweise aus dem Außenministerium, führende Exmilitärs der drei Waffengattungen, Spitzenbürokraten aus Außen- und Verteidigungsministerium, Sicherheitsstrategen aus den elitären politikberatenden Instituten und den beiden Universitäten in New Delhi, ausgewählte sicherheitspolitisch orientierte Journalisten und Geschäftsleute (mit einschlägigen Interessen und Verbindungen). Rechnete man noch die – eher medienscheuen – Wissenschaftler aus dem staatlich finanzierten „militärisch-industriellen Komplex“ (besonders der staatlichen Nuklearforschung) hinzu, dann war das sicherheitspolitische Establishment Indiens komplett. Gehörte man zu diesem Insiderkreis, war man privilegiert. Angesichts dieser homogenen Interessen- und Gesinnungsgemeinschaft blieb wenig intellektueller

<sup>27</sup>Vgl. Citha D. Maaß, „Indiens ehrgeiziges Nuklearkonzept“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 2000. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg 2000, S.250 ff.

<sup>28</sup>Vgl. „Draft Report of National Security Advisory Board on Indian Nuclear Doctrine“, 17.8.1999, in: [www.meadev.gov.in/govt/indnucl.htm](http://www.meadev.gov.in/govt/indnucl.htm). Mit einer „Triade“ wird das gesamte Spektrum luft-, land- und seegestützter Nuklearstreitkräfte bezeichnet. Lediglich die USA und Russland besitzen derzeit eine Triade, China ist im Aufbau einer Triade begriffen, Frankreich begnügt sich mit zwei und Großbritannien mit einem Element der Triade.

<sup>29</sup>Vgl. Tanham, *Strategic Thought*, S.2.

Anreiz, sich für konzeptionelle Denkschulen zu begeistern, die vom nationalistischen „mainstream“ abwichen.<sup>30</sup>

Die arbeitsteilige Funktion, die die „strategic community“ bei der Bildung eines „nationalen Konsenses“ ausübte, lässt sich am Beispiel der Nukleartests im Mai 1998 illustrieren. Der Entscheidungs- und Legitimationsprozess war folgendermaßen abgelaufen: Der Beschluss wurde im allerengsten Kreis um den Premierminister gefasst, und die Nuklearwissenschaftler wurden mit der mehrwöchigen Implementierung beauftragt. Von der Entscheidung ausgeschlossen waren der Verteidigungsminister, die drei Militäρχefs und der Staatspräsident, die alle erst unmittelbar vor den Tests informiert wurden.<sup>31</sup> Direkt nach den Tests starteten die Medien und die Unterverbände des hindunationalistischen Gesamtverbands (sog. *sangh parivar* = Hindufamilie) eine Öffentlichkeitskampagne, um die spontane Euphorie in eine dauerhafte nationale Unterstützung umzuwandeln.<sup>32</sup>

Was noch fehlte in diesem mehrstufigen Prozess, war die Ausarbeitung der offiziellen Legitimation, die dann auch im „nationalen Konsens“ rezipiert werden konnte. Diese Aufgabe übernahmen die Sicherheitsstrategen, allen voran die Wissenschaftler des regierungsnahen Beratungsinstituts IDSA. Ihre erste umfassende Publikation erschien bereits im Juli 1998.<sup>33</sup> K. Subrahmanyam, früherer IDSA-Direktor und unmittelbarer Vorgänger von Jasjit Singh, fungierte dann auch innerhalb der „strategic community“ als treibende Kraft, um den Entwurf der Nukleardoktrin auszuarbeiten (als deren federführender Autor er später galt).<sup>34</sup> Parallel zu den streng geheimen Beratungen über

---

<sup>30</sup> Anlässlich der nur vereinzelt Kritik an dem ehrgeizigen Aufbau einer Triade wurde der nationalistische Grundkonsens folgendermaßen charakterisiert: „Es sei, meint der Politologe Amitabh Mattoo, das Resultat eines jahrzehntelangen Versteckspiels eines zahlenmäßig winzigen Establishments, das im Namen der nationalen Sicherheits eine offene und breite Meinungsbildung verhindert habe.“ Zit. aus: Bernard Imhasly, „Stolz und ratlos. Indien und Pakistan zwei Jahre nach den Atomtests – Fehlende demokratische Debatte“, in: NZZ, 20.5.2000, S.7.

<sup>31</sup> Vgl. Kalpana Sharma, „The Hindu Bomb“, in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 54 (Juli/August 1998) 4, [www.bullatomsci.org/issues/1998/ja98/ja98sharma.htm](http://www.bullatomsci.org/issues/1998/ja98/ja98sharma.htm). Vgl. auch: Citha D. Maaß, „Indiens und Pakistans offene Nuklearisierung und ihre widersprüchlichen Folgen“, a.a.O., S.59.

<sup>32</sup> Vgl. die herbe Kritik von Praful Bidwai/Achin Vanaik an dieser orchestrierten Legitimationskampagne in: *South Asia on a Short Fuse*, a.a.O., S.51.

<sup>33</sup> Vgl. Air Commodore Jasjit Singh (ed.), *Nuclear India*, Delhi 1998.

<sup>34</sup> Das taktische Vorgehen bei der nachträglichen Legitimation zeichnete sich bereits in *Nuclear India* ab. Auf das von Jasjit Singh verfasste erste Kapitel mit dem Titel „Why Nuclear Weapons“ folgte das zweite Kapitel von K. Subrahmanyam „Indian Nuclear Policy – 1964-98“, das mit der persönlichen Bemerkung eröffnet wurde: „This is a personal recollection of the author on the evolution of the Indian nuclear policy and developments leading to the Shakti tests. [...] This has been written in an effort to present a coherent and comprehensive account of the Indian nuclear policy since, in the absence of an authoritative official document, there are considerable dissensions and misperceptions in the country. This narrative cannot do justice to the subject but is intended to bring pressure on the

die Nukleardoktrin lief eine öffentliche Debatte, die die Sicherheitsexperten in ihren Fachzirkeln und -zeitschriften mit dem Ziel führten:

- im Rückblick: sicherheitspolitische Gründe für den „Schritt über den nuklearen Rubikon“ nachzuschieben,
- in der Vorschau: Dimension und Struktur der zukünftigen Nuklearwaffenkapazität zu erörtern.

Bemerkenswert an dieser Debatte war, mit welchem politischen und fachlichen Engagement sie innerhalb des Fachkreises der „strategic community“ und einer, allerdings begrenzten, städtischen Elite mit außen- und sicherheitspolitischem Interesse geführt wurde. Nachdem „vielleicht die einzige ernsthafte Debatte über Indiens nukleare Optionen stattgefunden hatte, als China seinen nuklearen Sprengkopf 1964 getestet hatte“,<sup>35</sup> entwickelte sich nun – mit jahrzehntelanger Verspätung – der sicherheitspolitische Diskurs in Indien.

Dieser Wandel war durch Tanhams Strategiestudie und die nachfolgende Kontroverse eingeleitet worden, wie K. Subrahmanyam in seinem Vorwort zu Jaswant Singhs Buch mit dem Titel *Defending India* ausdrücklich feststellte.<sup>36</sup>

Drei Merkmale charakterisieren den neuen sicherheitspolitischen Diskurs. Zum einen findet er nicht mehr „hinter den verschlossenen Türen“ des exklusiven sicherheitspolitischen Establishments in New Delhi statt, sondern bezieht nun eine begrenzte Öffentlichkeit ein, die vage als „nationale politische Klasse“ Indiens zu bezeichnen ist. Zum zweiten wird er in einem zugleich *apologetischen* wie *selbstgefälligen* Grundton geführt, verläuft im allseits akzeptierten nationalistischen Rahmen und ist intolerant gegenüber Nukleardissidenten.<sup>37</sup>

Zum dritten wird er immer mehr durch die ideologische Sicht der Hindunationalisten geprägt. Ihrem spezifischen Verständnis der indischen Nation und

*government to publish an official account. In our democratic set-up, the Parliament and the people are entitled to it.*“ Zit. aus: *Nuclear India*, a.a.O. S.26 (Hervorhebung C.D.M.).

<sup>35</sup>Übersetzt aus: David Cortright and Amitabh Mattoo (eds.), *India and the Bomb*, a.a.O., Anm. 10, S.20. Die aufwendige Meinungsumfrage war als US-amerikanisch-indisches Gemeinschaftsprojekt durchgeführt worden mit dem erklärten Ziel, „to democratize the nuclear debate in India“. Das sei notwendig, weil „reasoned public discussion of nuclear policy options is almost entirely lacking in India, which otherwise has a rich and vibrant democratic tradition of dialogue and debate“ (S.5).

<sup>36</sup>Vgl. Jaswant Singh, *Defending India*, a.a.O., Introduction by K. Subrahmanyam, S.X-XI: „In the recent times Mr. George Tanham’s provocative monograph published by the Rand Corporation which highlights that India does not have a tradition of strategic thought has initiated a very healthy debate in the country about the Indian strategic culture. Some have tried to be defensive about it.“

<sup>37</sup>Bernard Imhasly, „Stolz und ratlos“, in: NZZ, 20.5.2000, S.7, wies auf das Fehlen einer *kritischen* Auseinandersetzung hin: „Eine nationale Debatte über Pro und Contra Atomwaffen blieb in der Folge aus. Die enormen Kosten, welche der Aufbau eines Kontrollsystems für Atomwaffen einem armen Land aufbürden, lösten kaum Diskussionen aus. Fragen nach den fehlenden Anlagen zum Zivil- und Strahlenschutz werden mit demselben resignierenden Achselzucken beantwortet wie solche nach dem Wahrheitsgehalt der häufigen Berichte über 'lecke' Atomkraftwerke.“



kulturellen Tradition ist es zu verdanken, dass der Diskurs von dem anfänglich defensiven zu einem *offensiven* Tenor übergegangen ist. Die sicherheitspolitische Botschaft der Hindunationalisten fällt in der breiten Öffentlichkeit auf fruchtbaren Boden, weil sie in einer Phase komplexer Bedrohungen der *inneren* Sicherheit nationale Selbstachtung und Stärke verheißt.

Indien in den 90er Jahren musste nämlich nicht nur die grundsätzlich neuen Herausforderungen für seine *äußere* Sicherheit verkraften, sondern auch mit weit reichenden *internen* Problemen fertig werden: schwere soziale und wirtschaftliche Turbulenzen, tief greifende Wirtschaftsreformen, verdeckt organisierte Zusammenstöße zwischen der Hindumehrheit und muslimischen bzw. christlichen Minderheiten, ein konfliktträchtiger Wandel im parteipolitischen Kräfteverhältnis und eine nationale Führungskrise bedingt durch kurzlebige Vielparteienkoalitionen.

### 4.3 Paradimenthese

Mit dieser These soll auf einen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel hingewiesen werden, dessen historische Vorgeschichte in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zurückreicht. Damals begann sich die nationale Befreiungsbewegung gegen die britische Kolonialherrschaft zu formieren. In diesem Prozess bildeten sich drei ideologische Richtungen heraus:<sup>38</sup>

- *säkulare Richtung*, verkörpert durch den Indischen Nationalkongress, verband die Interessen der gemäßigten Hindus und Muslime; im unabhängigen Indien in Gestalt der Kongresspartei unter der Nehru-Gandhi-Dynastie 40 Jahre lang dominierende Kraft; der bereits unter Rajiv Gandhi Mitte der 80er Jahre einsetzende Niedergang wurde in den 90er Jahren beschleunigt, da die Partei ihre ideologischen Konturen verloren hatte und organisatorisch verbraucht war;
- *hindukommunistische bzw. hindunationalistische Richtung*, verkörpert durch Vorläuferorganisationen und Verbandsorgane der Hindunationalisten (*sangh parivar* = Hindufamilie), vereinte die Interessen der extrem rechten Hindukommunisten, die vehement gegen die Teilung Britisch Indiens kämpften und die vor Jahrhunderten „vom Hinduismus abgefallene“ muslimische Minderheit „rekonvertieren“ wollten; bei der Unabhängigkeit Indiens politisch diskreditiert, weil aus ihren Reihen die Mörder Mahatma Gandhis stammten;<sup>39</sup> politischer Aufstieg in Form der BJP und

<sup>38</sup>Vgl. Partha S. Ghosh (ext.), *The Rise of Political Hinduism in India. Genesis, Progress, and Implications*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Neuauflage Juli 1996, SWP-AP 2938, S.19ff.

<sup>39</sup>Vgl. Bernard Imhasly, „Mahatma Gandhi – der vergessene Heilige. Indiens ‘Vater der Nation’ wird nur noch von seinen Mördern ernst genommen“, in: NZZ Online Dossiers, 30.1.1998, wysiwyg://9/http://www.nzz.ch/online/02\_dossiers/indien/ind980130by.htm.

ideologische Rehabilitation seit Mitte der 80er Jahre; Entmachtung der Kongresspartei als des wichtigsten Konkurrenten in den 90er Jahren;

- *muslimisch-kommunistisch/separatistische Richtung*, verkörpert durch die Muslimliga, vereinte Interessen der für einen eigenen islamischen Staat eintretenden Muslime; 1947 politisches Ziel mit der Gründung Pakistans erreicht, doch ideologisches und politisches Versagen, nach der Unabhängigkeit ein stabiles Staatswesen aufzubauen.

Relevant an dieser Einordnung war folgendes: Die gesellschaftliche Rehabilitation der hindunationalistischen Ideologie (Hindutva-Ideologie)<sup>40</sup> und die politische Breitenwirkung der BJP über ihren engeren Wählerkreis hinaus lässt sich nur vor diesem historischen Hintergrund verstehen. Zugleich wirkte die ideologische Konkurrenz in die Zukunft weiter, denn die zentralen Fragen nach der „nationalen Identität“ des indischen Staates an der Wende zum 21. Jahrhundert und seinen zukünftigen „nationalen Sicherheitsinteressen“ wurden nun durch das sicherheitspolitische Paradigma der Hindunationalisten geprägt.

Von den drei ideologischen Richtungen spielte die der muslimischen Separatisten in der Indischen Union nach 1947 keine Rolle mehr. Allerdings wirkte die ideologische Konkurrenz als sicherheitspolitisches Problem im Kaschmirkonflikt nach, weil der Konflikt auch eine staatsphilosophische Komponente beinhaltete.<sup>41</sup>

Dagegen war für das Nationalismusverständnis im unabhängigen Indien die Auseinandersetzung zwischen der Ideologie der Kongresspartei und der der Hindunationalisten entscheidend. Das von der Kongresspartei verfochtene Paradigma ließ sich mit den drei Stichworten „demokratisch, säkular und sozialistisch“ bezeichnen. Eine genaue Bestimmung der Ideologie der Kongresspartei wurde allerdings dadurch erschwert, dass die beiden Begriffe „säkular“ und „sozialistisch“ überhaupt erst 1976 von Indira Gandhi in die Präambel der indischen Verfassung eingefügt wurden.<sup>42</sup>

Insbesondere der Begriff „säkular“ konnte politisch kontrovers interpretiert werden, da weder Jawaharlal Nehru noch die späteren Führer der Kongress-

<sup>40</sup> *Hindutva* = Hindutum, vgl. Clemens Jürgenmeyer, „Die indische Union als Hindunation? Der Hindunationalismus als Faktor indischer Politik“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg 1998, S.60ff. und bes. S.80ff.

<sup>41</sup> Mit staatsphilosophischer Komponente ist gemeint: Aus indischer Sicht belegt die Zugehörigkeit des mehrheitlich muslimischen Kaschmir den „säkularen“ Grundcharakter der indischen Verfassung. Aus pakistanischer Sicht bedingt der islamische Staatscharakter, dass Kaschmir als muslimisches Mehrheitsgebiet zu Pakistan gehört und der Staat erst durch diesen Anschluss „vollständig“ wird.

<sup>42</sup> Vgl. *The Constitution of India as on 1st February 1990*, New Delhi 1990, Kommentar zur Präambel. Im Register der Verfassung tauchen die beiden Stichworte „säkular“ und „sozialistisch“ nicht auf. Was die indische Verfassung unter „säkular“ verstanden haben will, lässt sich nur indirekt aufgrund der Verfassungsartikel 25-28 („Right to Freedom of Religion“) erschließen.

partei noch indische Verfassungsrechtler „Säkularismus“ im indischen Kontext jemals genau definiert hatten.<sup>43</sup> Das Versäumnis zusammen mit dem späteren Aufweichen der Ideologie der Kongresspartei erleichterte es den Hindunationalisten seit Mitte der 1980er Jahre, die Politiker der Kongresspartei als „pseudo secularists“ zu diffamieren und sich selbst als die Vorkämpfer eines „genuine secularism“ darzustellen.<sup>44</sup>

Den Hindunationalisten wurde ihre Rehabilitation dadurch erleichtert, dass sie sich auf ideologische Wurzeln aus dem 19. Jahrhundert und eine straff geführte Mutterorganisation und Programmarbeit aus den 1920er Jahren stützen konnten. Zwar hatten sie sich bei der Unabhängigkeit durch die Ermordung Mahatma Gandhis ins parteipolitische Abseits manövriert, doch ihre ideologische Anziehungskraft wirkte unterschwellig in der indischen Gesellschaft in den 40 Jahren der Herrschaft der Kongresspartei weiter. Somit gingen sie in den 80er Jahren nicht als neue ideologische Kraft, wohl aber mit einer neuen politischen Strategie in die nun offen ausgetragene ideologische und machtpolitische Auseinandersetzung mit der Kongresspartei.

Ohne auf die komplexe ideologische Argumentation der Hindunationalisten im Einzelnen einzugehen, soll hier ihr Paradigma auf folgende Kurzformel gebracht werden. Sie definierten „Hindutum“ (Hindutva) in einer Weise, dass „die Nation hinduisiert und der Hinduismus nationalisiert“ wurde.<sup>45</sup> Im Wahlmanifest der BJP wurde daraus der Slogan: „One nation, one people, one culture“. Da ihr ideologischer Grundsatz besagte, dass „Hindunationalismus“ im Wesentlichen ein „anderer Name für indischen Nationalismus“ sei, sahen sie die Sicherheit des Staates und die Einheit der Nation im langfristigen Prozess des „nation building“ bedroht. Daraus wurde das politische Argument abgeleitet, dass alle Religionen, hier insbesondere der Islam, die ihre Wurzeln außerhalb der indischen Grenzen hatten, die Herausbildung eines indischen Nationalbewusstseins behinderten und deshalb nicht vertrauenswürdig seien, solange sich ihre Anhänger nicht zum „Hindutum“ bekannten.<sup>46</sup>

<sup>43</sup>So wies Partha S. Ghosh darauf hin, dass Nehru den Begriff als „perhaps [...] not a very happy one“ betrachtete und ihn nur „for want of a better word“ verwendete. Vgl. Ghosh, *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism. From Periphery to Centre*, New Delhi 1999, S.159. Das Verständnis der Kongresspartei ließ sich noch am ehesten mit einer „Neutralität des Staates in religiösen Fragen“ umschreiben, da es in dem heterogenen Verband der hinduistischen Glaubensrichtungen keine „Kirche“ als Institution gibt. Vgl. die grundlegende wissenschaftliche Untersuchung von Donald Eugene Smith, *India as a secular state*, Princeton 1963, besonders S.3-8 („What is a secular state?“).

<sup>44</sup>Zur Säkularismuskontroverse vgl. u.a. Partha S. Ghosh, *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism*, a.a.O. Kap.IV, S.146ff. Das BJP-Verständnis ließ sich auf den Nenner „gleiches Recht für alle“ bringen im Gegensatz zur „Neutralitätsthese“ der Kongresspartei (Hinweis von Clemens Jürgenmeyer).

<sup>45</sup>Zit. aus: Clemens Jürgenmeyer, „Die indische Union als Hindunation?“, a.a.O., S.71.

<sup>46</sup>Vgl. Partha S. Ghosh, *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism*, a.a.O., S.146: „In political application it means that all religions that have their origin outside the boundary of India, most prominently Islam, impede the growth of Indian national consciousness and,

Religiöse Gegensätze als sicherheitspolitischer Sprengsatz – an diesem Kernproblem ließ sich das analytische Dilemma aufzeigen. Anzunehmen war, dass innerhalb der indischen Gesellschaft unterschiedliche Sichtweisen bestanden, wie diese Gefahr zu definieren und im Verhältnis zu anderen Sicherheitsrisiken zu gewichten sei. Doch erlaubte das verfügbare Quellenmaterial nicht, die jeweilige Haltung differenziert zu bestimmen: Welche ideologische Interpretation wurde lediglich vom „harten Kern“ des hindunationalistischen Gesamtverbands (*sangh parivar*) propagiert? Was entsprach darüber hinaus dem ideologischen Grundverständnis der hindunationalistischen Mehrheit, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Flügeln oder Unterorganisationen des Gesamtverbands? Welche Sicht wurde von anderen politischen Parteien oder ideologischen Richtungen mitgetragen? Und schließlich: Was war in den diffusen „nationalen Konsens“ eingegangen und wurde von nationalistisch gesinnten Indern unterschiedlicher politischer Ausrichtung befürwortet?

## 5 Kernbegriffe der Sicherheitskonzeption und zentrale Sicherheitsinteressen

Übereinstimmung über ideologische und parteipolitische Grenzen hinweg herrschte in Bezug auf die wesentlichen Risiken für Indiens innere und äußere Sicherheit. Wie breit das Spektrum war, ging aus folgender Übersicht hervor:<sup>47</sup>

- *externe Risiken*: Bedrohung der territorialen Integrität und Souveränität, Absicherung von Regierung und Gesellschaftssystem gegen externe Subversion, grenzüberschreitender Terrorismus, illegale Waffenlieferungen zwecks Verschärfung interner Konflikte, Androhung von Handelskriegen, Informationskriegsführung, Zugangskontrollen für und Verweigerung von Technologie, Bedrohung durch Nuklearwaffen und ballistische Trägersysteme;
- *interne Risiken*: Aufstände, Terrorismus, Aushöhlung der Verfassung, Secession und Separatismus, Probleme bedingt durch Missherrschaft, Herausforderungen und Risiken für Indien auf dem Weg zu Wohlstand und Frieden bedingt durch demokratischen Wandel, Modernisierung, Armut, Ungleichheit und Umweltverschmutzung;
- *Verbindung externer und interner Risiken*: innere Entfremdung und Aufruhr geschürt durch externe Kräfte, z.B. Pakistans Rolle in den internen

---

therefore, are not to be trusted unless their followers subscribe to Hindutva both in word and deed.“

<sup>47</sup>Vgl. Sujit Dutta, „In Search of New Security Concepts“, in: *Strategic Analysis*, Vol.XX, No.1, April 1997, [www.idsa-india.org/an-apr-1.html](http://www.idsa-india.org/an-apr-1.html), hier S.7.

Konflikten im Punjab und in Jammu & Kaschmir; Eindringen von Flüchtlingen und illegale Einwanderung aus Nachbarstaaten einschließlich China mit internen und zwischenstaatlichen Folgelasten.

In konzeptioneller Hinsicht ließen sich drei Charakteristika aus dem umfangreichen Risikokatalog ableiten:

- Zum einen legte Indien einen vergleichsweise *breit gefassten Sicherheitsbegriff* zugrunde. Darin wurden neben klassischen Risiken wie „Bedrohung des Staatsterritoriums“ und „Nuklearangriff“ auch – zumindest aus westlicher Sicht – so unkonventionelle Risiken wie „Technologierestriktionen im Dual-use-Bereich“ und „Destabilisierungsrisiken infolge des demokratischen Wandels“ eingeschlossen.
- Zum zweiten fiel die enge *Verflechtung interner und externer Risiken* auf, was sich aus der besonderen geographischen Lage Indiens in der südasiatischen Region erklärte: Indiens Staatsgrenzen waren „porös“, weil oftmals das Siedlungsgebiet von ethnischen Gruppen durchschnitten wurde. Das begünstigte grenzüberschreitende Destabilisierungsaktionen. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, beanspruchte Indien eine *regional extensiv ausgeweitete Sicherheitssphäre*, in der es sich als „Ordnungsmacht“ verstand.
- Zum dritten ließen die multikausalen *internen Risiken* darauf schließen, dass das indische *Staatswesen* besonders geschützt werden musste. Sozialer Wandel, Folgen der ökonomischen Modernisierung und politische Akkommodation rivalisierender Partikularinteressen (regional, religiös und linguistisch) ließen befürchten, dass sich die Gefahr einer internen Destabilisierung in naher Zukunft noch erhöhen könnte.

In den 90er Jahren hatte die indische Öffentlichkeit insbesondere die internen Risiken (Zusammenstöße zwischen Religionsgemeinschaften und zwischen hoch- und niedrigkastigen Hindus) und die grenzüberschreitende Eskalationsgefahr (Kaschmir) mit wachsender Sorge beobachtet. Genau diese Ängste griffen die Hindunationalisten ideologisch auf und setzten neue sicherheitspolitische Akzente.

So werteten die Hindunationalisten die Dimension der *inneren Sicherheit* auf. Die Rolle des Staates in Vergangenheit und Gegenwart wurde anders eingeordnet, und Begriffe wie „nationale Souveränität“ wurden hervorgehoben. Auch in der Definition und Dimension der *äußeren Sicherheit* wurden andere Aspekte betont. Beispielhaft sei der Rekurs auf Indiens Sonderstatus als jahrtausendealte „Kulturnation“ genannt, mit der sein Anspruch auf eine führende Rolle im internationalen System mit begründet wurde. Aus der „Vision“ Indiens als eines zukünftigen Global Player und einer führenden Industriegroßmacht leitete sich ein Sicherheitsbegriff ab, der „wirtschaftliche Dy-

namik“ und „nationale Entscheidungsautonomie“ als zentrale Sicherheitsinteressen verstand – eine aus westlicher Sicht recht unkonventionelle Definition der „nationalen Sicherheit“.

### 5.1 Innere Sicherheit: Aufwertung von Kernbegriffen wie „Staat“, „Nation“ und „Souveränität“

Am augenfälligsten zeigte sich der spezifische Ansatz des indischen Sicherheitskonzepts im Bereich der *inneren Sicherheit*. Als Antwort auf die vielschichtigen internen Risiken leiteten die Hindunationalisten aus dem Kernbegriff „Staat“ ein umfassendes ideologisches Konzept ab, in das kollektive Erinnerungen an historische Sicherheitsrisiken einfließen.

Diese Erinnerungen wurden geprägt durch eine jahrhundertelange Geschichte aufeinander folgender Eroberungswellen und Kolonisationen, die durch Indiens geostrategische Lage begünstigt wurden. Das Versagen, sich den Eroberern nicht erfolgreich widersetzt zu haben, führte man auf die innere Zerrissenheit und Uneinigkeit zurück, eine Folge der ständigen Machtkämpfe zwischen den unzähligen Fürsten.<sup>48</sup> Daraus erwuchs ein diffuses, unterschwelliges Minderwertigkeitsgefühl und verletzter Stolz wegen der „nationalen Demütigung“ – ein kollektives Trauma, das die Hindunationalisten ideologisch instrumentalisierten.

Außerdem hatte die innere Zerrissenheit verhindert, dass sich ein territorial definiertes Staatswesen herausbilden konnte. Um diese „Schwächen“ der nationalen Vergangenheit zu kompensieren, überhöhte die BJP Kernbegriffe wie „Nation“, „Staat“ und „Souveränität“. Deren besondere Bedeutung für Indiens nationale Sicherheit wurde im Kontext der Hindutva-Ideologie erklärt.

Dass sich Indien mit dieser Wertepriorität durchaus *gegen* den Strom der westlichen Sicherheitsansätze stemmte, die im Zeichen einer zunehmenden Globalisierung standen, räumte der BJP-Politiker und spätere Außenminister Jaswant Singh selbstbewusst ein. Für besonders relevant hielt er folgende konzeptionellen Eckwerte:

It is not a very fashionable category, this nationalism or sovereignty. In this era of globalization, of eroding sovereignties, of course, we have to reexamine most of our perceptions. [...] To conclude from that, however, that the state is irrelevant, or that nationalism is dead, would be premature. Nationalism remains an index

---

<sup>48</sup>Jaswant Singh beschrieb das kollektive Trauma treffend: „At the strategic level, the leadership was composed of disunited tribal leaders, and thus, in consequence, 'divided we fell'. This aspect of lack of unity is a point that has been made often. In turn this was in itself both a cause and a consequence. Disunity was amongst the principal causes that resulted in conquest and military defeat, yet it was an inevitable consequence of the absence of an Indian state; of a sense, therefore, of the territorial geography of such a state; an absence, too, of a sense of history which otherwise would have carried the lessons of the past.“ Jaswant Singh, *Defending India*, a.a.O., S.15.

of the strength and will of a people, as that inspiring sentiment which persuades the citizen to see beyond the self.<sup>49</sup>

Konsequenterweise wies die BJP dem Staat mit seinen notwendigen Machtbegriffen eine zentrale sicherheitspolitische Rolle zu mit folgenden argumentativen und konzeptionellen Auswirkungen:

Zum einen konnte damit Tanhams Argument entkräftet werden: „A functional and assertive state is thus a primary essential for strategic thought and its evolution.“<sup>50</sup> Wo kein Staat existierte und kein Staatsterritorium zu verteidigen war, konnte auch keine Strategietradition entstehen – somit war Indien vom „Vorwurf“ eines fehlenden strategischen Denkens entlastet. Psychologisch war das für das Selbstverständnis des sicherheitspolitischen Establishments wichtig, denn Tanhams Studie hatte durchaus einen empfindlichen Nerv des indischen Selbstbildes getroffen.<sup>51</sup>

Zum zweiten musste nach einer alternativen Legitimationsquelle für „Nation“, nach einem anderen Kernbegriff gesucht werden. Hier wurde deutlich, wie die Hindunationalisten ihre Hindutva-Ideologie (Hindutum) auf den sicherheitspolitischen Bereich übertrugen. Jaswant Singhs zentrale Beziehung zwischen „Nation“ und „Kultur“ würde auch von nationalistisch gesinnten Indern (ohne BJP-Zugehörigkeit) bejaht werden:

And what if that sense of nationhood, as in India's case, is in essence non-territorial? There is one other characteristic: India's nationhood being essentially civilizational, a strategic thought to protect its territory has not emerged. [...] Thus patriotism, as an emotion toward the nation, has always been in abundance, but not the craft of strategy to preserve or to further the interests of the state.<sup>52</sup>

Gerade *weil* ein territorial definiertes Staatswesen in der Vergangenheit gefehlt hatte und das nationale Selbstbewusstsein periodisch durch neue Eroberungswellen geschwächt wurde, musste ein starker Patriotismus reklamiert werden, um die „Schmach der Unterjochung“ durch fremde Eindringlinge zu

<sup>49</sup>Zit. aus: Jaswant Singh, *What constitutes national security in a changing world order? India's strategic thought*, CASI Occasional Paper Number 6, June 1998, hrsg. vom Center for the Advanced Studies of India, University of Pennsylvania, Philadelphia, USA, [www.sas.upenn.edu/casi/reports/singhpaper.html](http://www.sas.upenn.edu/casi/reports/singhpaper.html), hier: S.4-5.

<sup>50</sup>Zit aus: Jaswant Singh, *What constitutes national security in a changing world order?*, a.a.O., S.2.

<sup>51</sup>Deshalb relativierte Jaswant Singh explizit Tanhams Aussage: „That is why conclusions such as those of George Tanham, widely disseminated throughout the international strategic community, did not seem to greatly surprise or even pain anyone in India. Nor did it result in any other reaction, even one of correction. The implications, however, of this seeming inability of a people of great antiquity and cultural resilience are grave and cannot be escaped.“ Jaswant Singh, *What constitutes national security in a changing world order?*, a.a.O., S.3.

<sup>52</sup>Zit. aus: Jaswant Singh, *What constitutes national security in a changing world order?*, a.a.O., S.2.

kompensieren. Dazu musste eine ersatzweise Legitimationsgrundlage herangezogen werden. Sie bot sich mit dem Konzept der „Nation als dem emotional einigenden Band“ an, auf die sich der indische Patriotismus stützen konnte. Gemäß der Hindutva-Ideologie gründete sich die Zugehörigkeit zur gemeinsamen „Nation“ auf die gemeinsamen „kulturellen Werte“ und auf die gemeinsame „kulturelle Geschichte“. Auf deren „kulturelle Größe“ konnte jeder Bewohner innerhalb des gemeinsamen „Kulturraums“ (= indischer Subkontinent) stolz sein.<sup>53</sup>

Zum dritten erhöhte das historische Fehlen eines Staatswesens die Bedeutung des *jetzigen* indischen Staates. Nun, d.h. seit 1947, bestand mit der Indischen Union erstmals ein unabhängiger Staat mit einem Staatsterritorium. Deshalb musste es vordringlichste Aufgabe der indischen Regierungen sein, diesen Staat mit seinem Territorium zu schützen. Der Staat musste „einig“ sein (Anliegen der *inneren* Sicherheit); deshalb sollten „nationale Symbole“ wie beispielsweise die Nukleartests die spannungsreiche heterogene Gesellschaft im Stolz auf die „nationale Größe“ vereinen. Darüber hinaus musste der Staat auch „stark“ sein (Anliegen der *äußeren* Sicherheit), um fremde Mächte daran zu hindern, das eigene Territorium anzugreifen und sich in Indiens innere Angelegenheiten einzumischen.

## 5.2 Äußere Sicherheit: Pakistan und China als größte Bedrohung

Auch im Bereich der *äußeren* Sicherheit setzte die BJP-geführte Koalitionsregierung neue Prioritäten, die – insbesondere seit den Nukleartests – durch Indiens Streben nach internationaler Statusaufwertung bestimmt waren. Hier lautete die entscheidende Frage, von welchen Staaten das größte Bedrohungspotenzial ausging. Faktisch ließ sich das einfach und klar beantworten: *China* und *Pakistan*. Die von ihnen perzipierte Bedrohung potenzierte sich noch, wenn Indien von einer konkreten Zusammenarbeit beider Staaten im sicherheitspolitischen und nukleartechnologischen Bereich ausgehen musste.

Interessanterweise ließ sich diese klare Antwort nicht unbedingt aus der offiziellen „politischen Rhetorik“ ablesen. Vielmehr fiel auf, dass sich indische Regierungsvertreter ambivalent dazu äußerten. Das dürfte im Falle Pakistans jedoch aus anderen Motiven erfolgt sein als im Falle Chinas.

---

<sup>53</sup>Vgl. dazu oben Abschnitt 4.3. „Kulturelle Werte“ bezog sich auf *hinduistische* Werte, d.h. indisch = hinduistisch.



### 5.2.1 Verflechtung externer und interner Risiken: Pakistan als Beispiel einer neuen Risikodimension

Die von Pakistan ausgehende Bedrohung illustrierte die Verflechtung interner und externer Sicherheitsrisiken par excellence. Zugleich verdeutlichte das pakistanische Beispiel schärfer als andere Konflikte mit den südasiatischen Nachbarstaaten (beispielsweise Assamkonflikt mit Bangladeshi-Komponente, Tamilenkonflikt mit srilankischer Komponente) das konzeptionelle Dilemma. Da die Trennlinie zwischen internen und externen Konfliktfaktoren nicht eindeutig gezogen werden konnte, herrschte meist Uneinigkeit zwischen indischen Politikern über die angemessene Strategie zur Konfliktentschärfung. Sollte man primär bei den *innenpolitischen* Ursachen ansetzen oder sich auf eine Reduzierung der *äußeren* Einwirkung konzentrieren, indem man hauptsächlich Druck auf die betreffende Regierung im Nachbarland ausübte?

Die enge Verflechtung hätte es konzeptionell nahegelegt, mit einer Doppelstrategie zu antworten. Stattdessen kam ein machtpolitischer Faktor ins Spiel, der tendenziell eine Verlängerung der Konflikte begünstigte. Aufgrund der indischen Übermacht in Südasien neigten die Regierungen in New Delhi dazu, die äußere Dimension abzutrennen und sie zur eigentlichen Bedrohung hochzustufen.<sup>54</sup> Entsprechend wurde der interne „Restkonflikt“ von einem *politischen* Konflikt zu einem bloßen *law-and-order*-Problem abgewertet. Letzteres sollte dann durch den Einsatz regulärer indischer Truppen und paramilitärischer Einheiten gelöst werden – statt durch Diplomatie am Verhandlungstisch. Dass Indien damit keineswegs dem konzeptionellen Dilemma entgehen konnte, bewies der Kaschmirkonflikt, der trotz dieser Strategie jahrzehntelang weiter schwelte.

Spätestens der Kargil-Krieg im Sommer 1999 deckte auf, dass die von Pakistan ausgehende Destabilisierung seit kurzem eine neue Bedrohungsdimension angenommen hatte. Im vielschichtigen Kaschmirkonflikt hatte sich die Militanz, die seit Ende 1989 im indischen Kaschmirtal ursprünglich von den einheimischen muslimischen Kaschmiris ausgegangen war, qualitativ geändert. Im Kargil-Krieg konnte nämlich die indische Regierung erstmals konkret nachweisen, dass auch Angehörige von regulären und Sondereinheiten der pakistanischen Armee mitgewirkt hatten. Außerdem konnte New Delhi belegen, dass Mitglieder radikaler islamistischer Untergrundgruppen mitgekämpft hatten, die in afghanischen Trainingslagern ausgebildet worden waren. Diese Lager wurden von einer „unheiligen“ Allianz zwischen dem Taliban-Regime und international operierenden islamistischen Netzwerken betrieben.

---

<sup>54</sup>Indira Gandhi brachte das auf die populistische Formel: Das „foreign hand syndrome“ sei für die Eskalation ethnischer Konflikte verantwortlich. Seitdem geisterte diese Formel durch die öffentliche Diskussion. Auch seit dem Kargil-Krieg griffen indische Politiker darauf zurück und lasteten pauschal Pakistan und dem pakistanischen Militärgesamtdienst ISI (Inter-Services Intelligence) verschiedene lokale Unruhen und Anschläge an.

Damit verwandelten sich die von Pakistan gesteuerten Guerillaaktivitäten im indischen Kaschmirtal immer stärker in grenzüberschreitende terroristische Aktionen. Folglich begannen Sicherheitsrisiken den Kaschmirkonflikt zu dominieren, die in eine neue Bedrohungskategorie nach dem Ende des Kalten Krieges fielen: transnationale subversive und terroristische Aktionen nicht-staatlicher Akteure wie militante islamistische Gruppen, Geheimdienste etc.

Auf diese neue Risikodimension reagierte die BJP-Koalitionsregierung überraschenderweise ambivalent. Eine Linie sah vor, Pakistans Verwicklung in „islamistischen Terrorismus“ mit dem Ziel zu brandmarken, die Militärführung international zu ächten und dadurch deren Isolation noch zu vertiefen. Eine andere Linie lief darauf hinaus, den multidimensionalen indisch-pakistanischen Konflikt auf ein „terroristisches Problem“ zu reduzieren. Das wiederum führte zu einer dritten Linie, die die von Pakistan ausgehende Bedrohung herunterspielte nach dem Motto: Diesem Sicherheitsrisiko sei Indien durchaus gewachsen, da es seine militärische Überlegenheit mit den Nukleartests und dem erfolgreichen Ende des Kargil-Krieges eindeutig bewiesen habe.

Letztlich verbarg sich hinter diesen widersprüchlichen Reaktionen tiefe Enttäuschung über den „politischen Betrug“, den Indien erlitten hatte. Im Februar 1999 hatte Premierminister Vajpayees symbolträchtige „Busdiplomatie“ zur Unterzeichnung der Erklärung von Lahore<sup>55</sup> geführt und damit auf eine Wiederbelebung des indisch-pakistanischen Dialogs hoffen lassen. Doch stellte sich im Nachhinein heraus, dass zu diesem Zeitpunkt die pakistanische Armeespitze bereits mitten in der heimlichen Vorbereitung der Kargil-Infiltration stand. In wieweit der damals noch amtierende zivile Premierminister Nawaz Sharif in diese Geheimaktion eingeweiht war, blieb umstritten.

Seit es Indien gelungen ist, Kargil in ein Desaster für Pakistans zivile und militärische Führungsspitzen umzudrehen, lehnt Indien jegliche politischen Verhandlungen ab. In Ermangelung einer politischen Strategie gegenüber Pakistan setzt Indien auf militärische Abschreckung, rüstet umfassend in allen Bereichen auf, ohne jedoch Pakistan als Hauptbedrohung offen zu benennen.

### 5.2.2 China: Schlüssel zu Indiens erweitertem Sicherheitskonzept

Im Gegensatz dazu dürften die ambivalenten Äußerungen über die von China ausgehende Bedrohung zu einer gezielten Strategie gehören, die vermeiden sollte, Chinas Misstrauen über Indiens langfristige Ambitionen unnötig zu wecken. Deshalb neigten indische Regierungsvertreter dazu, das chinesische Bedrohungspotenzial „herunterzuspielen“. Desgleichen suchten sie den sich abzeichnenden Interessengegensatz und die unterschwellige Rivalität mit China zu „verschleiern“.

---

<sup>55</sup>Vgl. Christoph Müller, „Außenpolitik im Berichtsjahr (März 1998 - April 1999)“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 1999*, Hamburg 1999, S.122ff.

Tatsächlich jedoch bildete China den entscheidenden Bezugspunkt in Indiens langfristigen außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen. Die im kollektiven Denken Indiens immer noch gegenwärtige Demütigung durch die Niederlage im Chinakrieg 1962 ließe sich angemessen kompensieren, wenn Indien endlich den gleichen Status wie China im internationalen System erränge. Dazu würden ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat mit Vetorecht und die Mitgliedschaft im exklusiven Kreis der „Nuklearwaffenmonopolisten“ gehören. Die Hindunationalisten fügten dem noch ein spezifisches Argument hinzu, denn nach ihrer Auffassung besitzt Indien eine gleichfalls jahrtausendealte und China ebenbürtige „Kultur“ (*civilization*).

Chinas Schlüsselrolle für Indiens Sicherheitsinteressen ließ sich anhand der Diskussion aufzeigen, die unter indischen Sicherheitsstrategen über den Entwurf der Nukleardoktrin und die zukünftige Struktur der Nuklearbewaffnung geführt wurde. Zugleich erlaubte diese Diskussion Rückschlüsse darauf, dass sich Indien tatsächlich von einem sehr weit gefassten Sicherheitsbegriff leiten ließ, der auch „nichtklassische“ Motive einschloss.

Die ambivalenten Bewertungen des chinesischen Bedrohungspotenzials waren besonders augenfällig, wenn man danach fragte, wen Indien mit seiner Nuklearkapazität abschrecken wollte. Das ließ sich am Beispiel der Nukleartests illustrieren.

Noch zum Zeitpunkt der Tests wurde China als „potenzielle Bedrohung Nr. 1“ bezeichnet, und die nuklearpolitische Kooperation zwischen China und Pakistan wurde als Legitimation für die indischen Tests herangezogen.<sup>56</sup> Doch wenige Tage später gab Premierminister Vajpayee die seitdem gültige Parole aus, die auch vom nationalen Sicherheitsberater, Brajesh Mishra, bei der Bekanntgabe des Entwurfs der Nukleardoktrin wiederholt wurde: Indiens nukleare Bewaffnung sei „non-country specific“.<sup>57</sup> In direktem Gegensatz dazu stand allerdings der Tenor der nuklearpolitischen Insiderdebatte seit den Tests. Daraus ging eindeutig hervor, wen Indien als eigentliche Bezugsgröße für seine zukünftige Kapazität an Nuklearwaffen betrachtete: *China*. Dessen Gesamtpotenzial, Struktur der nuklearen Streitkräfte und quantitative Aufstockung der nuklearen Sprengköpfe dienten den indischen Sicherheitsstrategen als konzeptionelle Fixpunkte.<sup>58</sup>

Auch die Priorität der nationalen Sicherheitsinteressen wurde tendenziell eher verschleiert, was sich exemplarisch am Entwurf der Nukleardoktrin nachvollziehen ließ. In diesem Fall verfolgte die Regierung folgende Taktik. Der Sicherheitsbegriff sollte möglichst eng gefasst und an den klassischen Be-

<sup>56</sup>Vgl. George Fernandes, „National Security and the Role of the Media“, in: *Strategic Analysis*, a.a.O., [www.idsa-india.org/an-sep8-1.html](http://www.idsa-india.org/an-sep8-1.html), hier S.5.

<sup>57</sup>Vgl. *Opening Remarks by National Security Adviser Mr. Brajesh Mishra at the Release of Draft Indian Nuclear Doctrine*, [www.meadev.gov.in/govt/indnucl.d.htm](http://www.meadev.gov.in/govt/indnucl.d.htm).

<sup>58</sup>Vgl. Citha D. Maaß, „Indiens ehrgeiziges Nuklearkonzept“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 2000*, a.a.O., S.260ff.

gründungen der „offiziellen“ Nuklearwaffenstaaten (besonders der USA) ausgerichtet werden. Dagegen sollten gleichwertige Sicherheitsinteressen wie Statuserhöhung und Souveränität im sicherheitspolitischen bzw. Autonomie im wirtschaftlich-technologischen Bereich heruntergespielt werden.

Aus der Legitimation, die Indien für die Offenlegung seiner nuklearen Bewaffnung gab, ließ sich die zentrale sicherheitspolitische Zielrichtung ableiten. Auf der Ebene der politischen Rhetorik argumentierte Indien, dass es eigene Nuklearwaffen besitzen müsse, um sein jahrzehntelanges Engagement für eine „nuclear weapon-free world“<sup>59</sup> erfolgreich weiterzuführen.

Dahinter standen jedoch drei zentrale Sicherheitsmotive, die Indien zum Aufbau einer Nuklearwaffenkapazität und entsprechender ballistischer Trägersysteme veranlasst hatten:<sup>60</sup>

- *klassisches Sicherheitsmotiv*: das strategische Erfordernis, um eine nukleare Bedrohung dank eigener Vergeltungskapazität zu verhindern; dabei wurde ausdrücklich auf den nuklearen Ersteinsatz verzichtet;
- *Statuserhöhung als Sicherheitsmotiv*: das politische Erfordernis, um das Monopol der fünf „allein und ständig legitimierten“ Nuklearwaffenstaaten zu brechen und selbst Mitglied im exklusiven Club zu werden; dahinter stand die Erkenntnis, dass Nuklearwaffen Machtattribute einer internationalen Großmacht seien, die Indiens Aufstieg beschleunigen würden;
- *Entwicklung und uneingeschränkte Wirtschaftsdynamik als Sicherheitsmotiv*: das entwicklungspolitische Erfordernis, um den Ausbau eigener Forschungs- und Wirtschaftskapazitäten nicht durch internationale Restriktionen zu gefährden und die zivile Nuklearforschung zu fördern, die infolge des nuklearen Exportkontrollregimes benachteiligt war.

Insbesondere das letzte Motiv wirft die Frage auf, inwieweit Indien sein Sicherheitskonzept ähnlich wie europäische Staaten definiert oder darüber hinaus weitere Dimensionen integriert.

### 5.2.3 Wirtschaftsdimension: Neue Komponente des indischen Sicherheitskonzepts

Konform mit anderen Staaten ging Indien, wenn es Bedürfnisse der „nationalen Sicherheit“ aus dem Spannungsverhältnis der verschiedenen Sicherheitsdimensionen ableitete. Als Beleg sei die Definition genannt, die Verteidigungsminister George Fernandes aus dem Jahresbericht des Verteidigungsministeriums

<sup>59</sup>Zit. aus: *Draft Report of National Security Advisory Board on Indian Nuclear Doctrine*, para 8.1, [www.meadev.gov.in/govt/indnucl.d.htm](http://www.meadev.gov.in/govt/indnucl.d.htm).

<sup>60</sup>Vgl. Citha D. Maaß, „Indiens ehrgeiziges Nuklearkonzept“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 2000*, a.a.O. S.251-252. Dort sind auch die jeweiligen Paragraphen in der Nukleardoktrin mit ihren vorder- und hintergründigen Bedeutungen angegeben.

1995 vortrug.<sup>61</sup> Er betonte, dass sich Minister unterschiedlicher Ausrichtung parteiübergreifend auf das gleiche Grundverständnis und die gleiche Prioritätensetzung in Fragen der nationalen Sicherheit verständigt hätten. So wurde Indiens nationales Sicherheitsumfeld durch Entwicklungen bestimmt, die auf der globalen Ebene, in den unmittelbar an den Subkontinent angrenzenden Regionen, innerhalb des Subkontinents und in der innenpolitischen Situation stattfanden. Zu den folgenschwersten Entwicklungen auf der globalen Ebene gehörte die konditionsfreie und unbegrenzte Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrags (NPT) im Mai 1995.

Wie jedoch die Analyse der nuklearpolitischen Legitimation gezeigt hatte, flossen in das indische Sicherheitskonzept auch Beweggründe ein, die sich nur teilweise mit denen der westlichen Staaten deckten.

Gemeinsam war der Anlass für die Neudefinition des Sicherheitsbegriffs, nämlich das Ende des Kalten Krieges. Wie alle relevanten Akteure der ideologischen Ost-West-Konfrontation musste auch Indien, das durch den Zerfall seines langjährigen Sicherheits- und Wirtschaftspartners Sowjetunion besonders betroffen war, sein Sicherheitskonzept den veränderten strategischen Gegebenheiten anpassen.

Ähnlich wie die westlichen Staaten verfolgte dabei auch Indien eine konzeptionelle Grundlinie, die auf Erweiterung und Einbeziehung wirtschaftlicher Aspekte hinauslief. Als Beispiel sei die Energiesicherheit genannt, der international immer mehr Priorität eingeräumt wird. Im Falle Indiens dürfte sie sogar in naher Zukunft zum Kernbereich der indischen Sicherheitsbedürfnisse aufgewertet werden, da sich hier ein Engpass abzeichnet, der die Wirksamkeit der indischen Wirtschaftsreformen empfindlich mindern kann. Deshalb war es nur folgerichtig, dass Jaswant Singh auf die strategische Bedeutung der Energiesicherheit hinwies: „Energy is security; deficiencies in this critical sector comprise national security.“<sup>62</sup>

Im Ansatz zunächst ähnlich, doch dann zu divergierenden Schlussfolgerungen gelangend war die Ausformulierung des erweiterten Sicherheitsbegriffs. Wie aus der europäischen Diskussion<sup>63</sup> ersichtlich, wurde nun die ordnungspolitische Dimension des Sicherheitsbegriffs aufgewertet. Dieser Linie folgte

---

<sup>61</sup>Vgl. George Fernandes, „National Security and the Role of the Media“, in: *Strategic Analysis*, Vol. XXII, No. 6, New Delhi, September 1998, [www.idsa-india.org/an-sept8-1.html](http://www.idsa-india.org/an-sept8-1.html), hier S. 2. Fernandes wies darauf hin, dass im Berichtszeitraum drei verschiedene Verteidigungsminister amtiert hatten, die drei verschiedenen Parteien mit unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen angehörten.

<sup>62</sup>Zit. aus: Jaswant Singh, *What constitutes national security in a changing world order?*, a. a. O., S. 10. Das Zitat entnahm er dem von ihm selbst verfassten Report of the Parliamentary Committee on Energy.

<sup>63</sup>Vgl. Uwe Nerlich, „Einige nichtmilitärische Bedingungen europäischer Sicherheit“, in: *Europa-Archiv*, Folge 19/1991, S. 547. Vgl. auch Admiral a. D. Dieter Wellershoff, „Die neue Sicherheitspolitik und ihre Konsequenzen“, in: *Der Mittler-Brief*, Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, 9. Jg., Nr. 4/4, Quartal 1994, S. 2.

auch Indien, doch griff seine Revision konzeptionell weiter. Zum einen bezog es ein breiteres Spektrum an Sicherheitsrisiken ein, um damit Gefährdungen seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu erfassen. Zum anderen setzte es eigene Akzente, die durch seinen ordnungspolitischen Ehrgeiz bestimmt waren.

Hier zeigte sich die unterschiedliche Interessenlage zwischen etablierten Industriestaaten wie beispielsweise der globalen „Führungselite“ G-8 einerseits und „internationalen Aufsteigern“ wie Indien oder China andererseits. Auf diese verschiedenen Perspektiven war es zurückzuführen, dass insbesondere das dritte der oben genannten Sicherheitsmotive (Entwicklungsmotiv) kontrovers bewertet wurde. So äußerten westliche Beobachter, deren Staaten nicht unter sicherheitspolitisch bedingten Importrestriktionen litten, ihren Vorbehalt gegen die Integration dieser Komponente in einen erweiterten Sicherheitsbegriff. Dagegen erachtete ein „Aufstiegsaspirant“ wie Indien den uneingeschränkten Zugang zu erschwinglichen und langfristig gesicherten Energieressourcen, zu internationaler technologischer Spitzenforschung oder zum besonders sensiblen Dual-use-Bereich als so grundlegend, dass es das Sicherheitskonzept um diese Wirtschaftsdimension erweiterte.

Dabei konnte sich Indien durch Chinas parallele Neudefinition seines Sicherheitsbegriffs bestärkt fühlen. So weitete China den Inhalt des Begriffs „Sicherheit“ aus, indem es der „Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung eine entscheidende Rolle für die Sicherheit eines Landes“ beimaß.<sup>64</sup> Analog dazu wurde die Wirtschaftsdimension im erweiterten Sicherheitsbegriff Indiens aufgewertet, wie der indische Außenminister Jaswant Singh in seiner Rede in Berlin im Januar 2001 hervorhob:

In considering the totality of national security, economic security is the pivot: its vitality, growth and dynamism becomes the principal security imperative. Economic strength, however, is impossible without industrial output, which in turn is unsustainable without energy, and in the absence of technological parity. All these are crucial security issues.<sup>65</sup>

Warum war das Entwicklungsmotiv so wichtig für die selbstbewusste neue Nuklearmacht Indien? Wie das Stichwort „Aufstiegsaspirant“ bereits andeutete, war Indien erst auf dem Weg, in die globale Führungsriege aufzusteigen.

<sup>64</sup>Zit. aus: Pan Zhenqiang, „Chinas neues Sicherheitskonzept“, in: *KAS Auslandsinformationen*, 11/2000, S.35. Der Autor setzt das Entwicklungsmotiv in direkten Bezug zu nationalen Sicherheitsinteressen: „Als Entwicklungsland ist China umso mehr darauf bedacht, diesem wirtschaftlichen Aspekt der Sicherheit seiner lebenswichtigen Bedeutung entsprechend Rechnung zu tragen. Falls das Land nicht in der Lage sein sollte, ein beständiges wirtschaftliches Wachstum als zuverlässige materielle Grundlage für die Stärkung des Landes im Allgemeinen wie auch für die Verbesserung des durchschnittlichen Lebensstandards sicherzustellen, kann es auch in Zukunft kein nennenswertes Maß an Sicherheit geben.“

<sup>65</sup>Zit. aus: Jaswant Singh, „India's Perspective on International and Regional Security Issues“, Rede auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin, 17.1.2001.

Mit den Nukleartests hatte die indische Regierung nachdrücklich signalisiert, dass sich der Staat in einer nationalen Aufbruchstimmung befand und zielstrebig das ordnungspolitische Fernziel ansteuerte. Die Aufgabe, ein entsprechendes sicherheitspolitisches Grundkonzept zu entwerfen, oblag dann wieder dem regierungsnahen Institut IDSA.<sup>66</sup>

Aus westlicher Sicht ungewohnt war dabei die spezifische Verbindung, die Indien zwischen Nuklearrüstung, nationaler Souveränität und ungehinderter Wirtschaftsdynamik herstellte. Im Entwurf der Nukleardoktrin hieß es dazu:

Para 1.3: Autonomy of decision making in the development process and in strategic matters is an inalienable democratic right of the Indian people. India will strenuously guard this right in a world where nuclear weapons for a select few are sought to be legitimised for an indefinite future, and where there is growing complexity and frequency in the use of force for political purposes.

Para 1.4: India's security is an integral component of its development process. [...] <sup>67</sup>

Diese Entscheidungsfreiheit dokumentierte sich aus indischer Sicht durch den Aufbau einer Nuklearkapazität, die Indien vor internationaler „Erpressung“ schützen sollte. Zugleich waren die Hindunationalisten pragmatisch genug, um zu erkennen, dass sich nach dem Ende des Kalten Krieges internationale Machtparameter verändert hatten. Statt ideologisch begründeter Allianzen bestimmte nun die Determinante „Wirtschaftskraft“ immer mehr, welchen Einfluss ein Staat im internationalen System ausüben konnte. So betonte Jaswant Singh:

The principal global dynamic is now economic, supported by and interdependent with technological innovation.<sup>68</sup>

Allerdings erwuchs für Indien daraus ein sicherheitspolitisches Dilemma, da es nur über begrenzte Ressourcen verfügte. Deshalb argumentierte Jaswant Singh dafür, dass Indien nicht vor der Wahl „zwischen Sicherheit und Wirt-

<sup>66</sup>Beispielhaft sei der stellvertretende Direktor des IDSA genannt: Kapil Kak, „Management of India's Security and Higher Defense – I“, in: *Strategic Analysis*, Vol.XXII, No.3, New Delhi, June 1998, [www.idsa-india.org/an-jun8-1.html](http://www.idsa-india.org/an-jun8-1.html), hier S.1: „[...] India stands today at a historic threshold. At the dawn of the 21st century and a new millennium, the country is poised to pursue relentlessly its primary national security goal of rapid and equitable socio-economic development, and simultaneously counter a range of challenges and security threats. She has also to fulfil its obligations and responsibilities as a regional influential graduating to secure true great power capabilities. In this unfolding scenario, fusion of a complex web of factors and issues that influence our global, regional and national strategic environment, and management of integrated application of diplomatic and military components of State power, would prove an increasingly daunting prospect.“

<sup>67</sup>Zit. aus: *Draft Report of National Security Advisory Board on Indian Nuclear Doctrine*, [www.meadev.gov.in/govt/indnucl.d.htm](http://www.meadev.gov.in/govt/indnucl.d.htm)

<sup>68</sup>Zit. aus: Jaswant Singh, *What constitutes national security in a changing world order?*, a.a.O., S.6.

schaftswachstum“ stehe, sondern stattdessen eine Strategie verfolgen müsse, die er auf den Nenner „Sicherheit durch Wirtschaftswachstum“ brachte.<sup>69</sup>

Da sich „Sicherheit“ und „Wirtschaftskraft“ gegenseitig bedingten, wertete die indische Regierung *Gefährdung der wirtschaftlichen Dynamik* zu einem weiteren Sicherheitsrisiko auf. Konzeptionell damit verbunden war das Sicherheitsinteresse, auch im wirtschaftlichen Bereich uneingeschränkt über eine als optimal erachtete Ressourcenverteilung entscheiden zu können. Damit die Wirtschaftskraft nicht durch internationale Restriktionen in ihrer dynamischen Entfaltung behindert wurde, hielt die indische Regierung an einer traditionellen Leitlinie fest, die bereits die Gründungsväter der Indischen Union geprägt hatten: Soweit als möglich sollten Produktion und technische Innovation mit einheimischen Kräften und Technologien entwickelt werden (*Autonomie/Autarkie*).<sup>70</sup>

Da „Wirtschaftskraft“ zugleich als neuer Machtparameter fungierte, sah die Regierung in einer uneingeschränkten Wirtschaftsentwicklung ein geeignetes Druckmittel, um den ordnungspolitischen Status quo zu verändern. Denn der Motor, der Indien in eine internationale „Großmacht“ verwandeln sollte, war seine wirtschaftliche Dynamik. In dem Moment, in dem Indien als „Industriegroßmacht“ anerkannt würde, würde es auch endlich den Status einer internationalen „Großmacht“ (*great power*) erringen. Um dieses Fernziel zu erreichen, sollten nun „integrierte, ganzheitliche und interdisziplinäre“ Ansätze ausgearbeitet werden, um zwischenzeitliche Bedrohungen der nationalen Sicherheit abzuwehren.<sup>71</sup>

<sup>69</sup>Vgl. Jaswant Singh, *ibid.*: „Our choice is not between security and economic growth; it is really security through economic growth. We cannot choose one or the other because they are interdependent. We have to achieve national security through a much more dynamic and effective economic growth. I do not wish to engage in sterile debates of the 'defense versus development' variety; we simply do not have that option. The challenge to India is direct: how to convert these two into complementary categories?“

<sup>70</sup>Vgl. Ajay Singh, „Self-Reliance in Indian Defense“, in: *Strategic Analysis*, Vol. XXII, No. 3, June 1998, [www.idsa-india.org/an-jun8-2.html](http://www.idsa-india.org/an-jun8-2.html), S. 1: „The self-reliance model adopted in practice by India can best be described as one that fundamentally relied on diversification in the sources of weapons and military technology, while working on establishing and expanding the indigenous base for design, development, and manufacture of weapons and equipment.“ S. 4: „The Indian Government has announced a self-reliance initiative that aims to increase the level of indigenization content from 30 per cent in 1995 to 70 per cent in 2005.“

<sup>71</sup>Vgl. Kapil Kak, „Management of India's security and higher defense – I“, in: *Strategic Analysis*, a.a.O., S. 1: „In global politics, those who fail to seize the moment pay a heavy price eventually. A system with multi-expertise components would, therefore, have to be in place to effectively formulate India's politico-military and geo-economic strategies for autonomous conduct in the unfolding world order. This would also assist India in attaining the niche she richly deserves in the emerging dispensation. As a recent Rand Corporation study has brought out, for India survival means survival as a great power and security has become synonymous with the safety that enables India to develop, maintain and prosper in its political eminence.“



## 6 Von „Südasiens“ über „südliches Asien“ zur „internationalen Brahmanenkaste“: Geopolitische Ausweitung der beanspruchten Sicherheitssphäre

Die Kernanliegen der nationalen Sicherheit lassen erkennen, dass Indiens Sicherheitskonzept *dynamisch* und auf eine Änderung des derzeitigen ordnungspolitischen Status quo ausgerichtet ist. Daraus wird die These abgeleitet, dass der dynamische Grundcharakter desto eher zu legitimieren ist, je umfassender die von außen kommenden Bedrohungen bestimmt werden. Als entscheidende Bezugsgröße dient den indischen Sicherheitsexperten das „strategische Umfeld“.<sup>72</sup> Entwicklungen in diesem „Umfeld“, die Indien subjektiv als Sicherheitsrisiken einstuft, konstituieren einerseits das „nationale Bedrohungspotenzial“ und legitimieren andererseits den Planungsrahmen für Größe und Struktur der angestrebten konventionellen, nuklearen, ballistischen und maritimen Verteidigungskapazitäten.

Die Chancen, die der Umbruch des internationalen Systems direkt nach dem Ende des Kalten Krieges für Indiens Ambitionen eröffnete, waren bereits Anfang der 90er Jahre vom sicherheitspolitischen Establishment in New Delhi erkannt worden. Insbesondere das Beratungsinstitut IDSA, vertreten durch seine beiden Direktoren K. Subrahmanyam und Jasjit Singh, leistete hier konzeptionelle Vorarbeit. Beharrlich, mit geringfügigen Variationen, aber im Kern konstant bleibend, propagierten sie immer wieder zwei neue Ansätze:

- ordnungspolitisch: K. Subrahmanyam fasste in dem Begriff „polyzentrisches System“ die Zielvorstellung zusammen, die gleichermaßen Voraussetzung für wie auch Ergebnis von Indiens Aufstieg zu einem Global Player sein sollte;
- sicherheitspolitisch: Jasjit Singh führte den Begriff „südliches Asien“ ein, aus dem sich auf die sicherheitspolitische Strategie schließen ließ, um das außenpolitische Fernziel zu erreichen.

Beide konzeptionellen Neuerungen beruhen auf folgender Strategie: Schrittweise soll Indien die Sicherheitssphäre ausdehnen, in der es nachdrücklich seine als legitim erachteten nationalen Sicherheitsinteressen vertritt. Je größer das strategische Umfeld wird, desto mehr erhöht sich auch das nationale Bedrohungspotenzial über die bereits bestehenden Gefährdungen in der südasiatischen Region hinaus. Das wiederum rechtfertigt den Ausbau

<sup>72</sup>Beispielhaft dafür die Bestimmung der „nuklearen Minimalabschreckung“: „This is a dynamic concept related to the strategic environment, technological imperatives and the needs of national security.“ Zit. aus: *Draft Report of National Security Advisory Board on Indian Nuclear Doctrine*, para 2.3, a.a.O.

der nationalen Verteidigungskapazitäten. Dadurch wird Indien in die Lage versetzt, in einer immer ausgedehnteren Sicherheitssphäre seinen Einfluss politisch geltend zu machen und durch militärische Machtprojektion zu untermauern.

Parallel zu diesem Prozess muss die Wirtschaft gefördert werden. Das derzeitige Wirtschaftswachstum, erneut durch die jüngsten Reformen der BJP-geführten Koalition angekurbelt, ermutigt zu günstigen Prognosen über die zukünftigen Wachstumsraten. Deshalb geht man davon aus, dass zeitgleich auch die indische Wirtschaft deutlich und kontinuierlich wachsen wird. Somit würden sich Indiens Aufstieg zu einer Industriegroßmacht und seine steigende sicherheitspolitische Durchsetzungsfähigkeit (*become more assertive*) gegenseitig ergänzen und in einer dynamischen Wechselwirkung verstärken.

In diesem mittel- bis langfristigen Prozess ist damit zu rechnen, dass die Absicherung des indischen – und asiatischen – Energiebedarfs (Erdöl und Erdgas) zu einem konfliktträchtigen Testfall werden könnte. Da wichtige internationale Versorgungsrouten durch den Indischen Ozean führen, beabsichtigt Indien, aufgrund seiner geostrategischen Lage in die Rolle einer Ordnungsmacht in diesem Subsystem des Pazifischen Ozeans hineinzuwachsen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, benötigt Indien zusätzliche strategische Kapazitäten und Machtattribute. Diese würden Indien ermöglichen, einerseits militärische Präsenz auch in entfernteren Regionen zu zeigen und andererseits seinen Status im asiatischen Machtsystem zu erhöhen. Letztlich würde Indiens umfassende Durchsetzungsfähigkeit dazu beitragen, das internationale System in ein „polyzentrisches“ umzuwandeln.

Die Ausweitungsstrategie setzte bei dem Argument an, dass Indien längst über die zu enge Region „Südasiens“ hinausgewachsen ist.<sup>73</sup> Geopolitisch wird „Südasiens“ seit Anfang der 80er Jahre mit den sieben Mitgliedsstaaten der neu gegründeten South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) gleichgesetzt: Indien mit seinen sechs Nachbarstaaten Pakistan, Bangladesch, Nepal, Sri Lanka, Bhutan und Malediven. Wenn aber die Sicherheitssphäre über die SAARC-Region hinausreicht, ist auch die Südasiendoktrin überholt, die ja Indiens beanspruchte Ordnungsrolle auf die südasiatische Region begrenzt hat.

Die Ausdehnung der Sicherheitssphäre wird damit begründet, dass „strategische“ nicht notwendigerweise mit „geographischen“ Grenzen übereinstimmen müssen. Wie groß die Region ist, in der Indien vielfältige Sicherheitsinteressen geltend macht, erläutert Kapil Kak vom IDSA:

---

<sup>73</sup>Vgl. dazu: „A growing number of Indian analysts, commentators and foreign policy pundits appear to be convinced that South Asia is no longer the appropriate frame of reference to understand the national security interests of India.“ Zit. aus: Chintamani Mahapatra, „Major Post-Cold War Trends in India's Neighbourhood“, in: *Strategic Analysis*, Vol. XXIII, No.3, June 1999, [www.idsa-ind.org/an-jun9-2.html](http://www.idsa-ind.org/an-jun9-2.html), hier S.1.

In regional terms, India's external policy, emanating from its national security doctrine, should necessarily encompass Southern Asia, in preference to the strategically defining South Asia. Our strategic frontiers doubtless extend far beyond the geo-political boundaries to perhaps the whole Indian Ocean Region of which South Asia is only a sub-system. Strategic frontiers of national power do not always coincide with geographically delineated boundaries. Our maritime interests are anchored to the need to provide security to our 500 islands, 7600 km coastline, off-shore hydro-carbon assets, 3 million sq.km. exclusive zone (EEZ) and sea routes that provide the means for 90 per cent of our trade, including critical energy inputs for development. India's enviable geo-political disposition within the strategic waterway needs to be leveraged holistically into the action calculus.<sup>74</sup>

Dass es sich bei dieser Definition von „Southern Asia“ lediglich um eine Zwischenstufe handelt, geht aus Jasjit Singhs verschiedenen Kommentaren hervor. Nach seinem Verständnis reichen Indiens derzeitige (!) Sicherheitsinteressen vom Persischen Golf im Westen bis Südostasien im Osten:

Furthermore, focussed attention needs to be placed on the 19-country Southern Asia (including Central Asia, Persian Gulf region, South Asia, Northern Indian Ocean and South-East Asia) and its strategic future.<sup>75</sup>

Doch zielen seine Vorstellungen auch über diese erweiterte Stufe hinaus, wie er an anderen Stellen ausführt.<sup>76</sup> Praktisch bildet der gesamte Kreis von Israel und dem Persischen Golf im Westen, über Zentralasien und das südliche Russland im Norden bis zum südlichen China im Nordosten, den ostasiatischen Randregionen des Pazifik im Osten und den Seerouten durch den Indischen Ozean im Süden die Sicherheitssphäre, die Indien für den Schutz seiner nationalen Interessen beansprucht.

Um Indiens politische Rolle in dieser umfassenden Region auch durchzusetzen, entwerfen bereits Mitglieder des sicherheitspolitischen Establishments Rüstungs- und Finanzierungspläne für einen umfassenden Auf- und Ausbau insbesondere der ballistischen Trägersysteme und der (vernachlässigten) Hochseeflotte. In einem Zeitraum von 25-30 Jahren soll der derzeitige zu begrenzte Iststand qualitativ und quantitativ auf die prospektive Sollgröße aufgestockt werden, eine Sollgröße, die sich gleichermaßen an perzipierten Bedrohungen wie an Indiens zukünftigem Großmachtstatus orientiert. Vor diesem Hintergrund ist der im Entwurf der Nukleardoktrin genannte Aufbau

<sup>74</sup>Zit. aus: Kapil Kak, „Management of India's Security and Higher Defense – 1“, in: *Strategic Analysis*, a.a.O., [www.idsa-ind.org/an-jun8-1.html](http://www.idsa-ind.org/an-jun8-1.html), hier S.1-2.

<sup>75</sup>Zit. aus: Jasjit Singh (ed.), *Asian Security in the 21st Century*, New Delhi 1999, Introduction, S.V.

<sup>76</sup>Vgl. beispielsweise Jasjit Singh, „Missile Threats in Southern Asia: An Indian Perception“, in: Otfried Ischebeck/Goetz Neuneck (eds.), *Cooperative Policies for Preventing and Controlling the Spread of Missiles and Nuclear Weapons*, Baden-Baden 1996, S.104.

einer „Triade land-, luft- und seegestützter Trägersysteme“ zu sehen, ein ehrgeiziges Fernziel, das durchaus ernst genommen werden sollte.<sup>77</sup>

Das endgültige Ziel dieser „konzertierten Aufstiegsstrategie“ Indiens soll eine grundsätzliche Neuordnung des internationalen Systems sein. Um Indiens Interessen optimal zu wahren, soll das System „polyzentrisch“ strukturiert sein. Angesichts der in den 90er Jahren im indischen Sicherheitsestablishment diskutierten Varianten lässt sich diese Version zwar nur als die „zweitbeste“, dafür aber als die am ehesten zu realisierende Option bezeichnen. In diese Sicht fließt Indiens Erfahrung während des Kalten Krieges ein.

Im bipolaren Machtsystem während des Kalten Krieges war Indien insofern der „lachende Dritte“, als es optimalen Nutzen aus seiner „besonderen Freundschaft“ mit der ehemaligen Sowjetunion und seiner langjährigen Führungsrolle in der Blockfreienbewegung gezogen hatte. Mit dem Ende des Kalten Krieges bildete sich zunächst ein unipolares System heraus, in dem die USA als einzige „Supermacht“ verblieb und sich mitunter wie „the world’s sheriff“<sup>78</sup> gebärdete.

Das ist für Indien die ungünstigste Variante, denn es hat seine vorherige starke Verhandlungsposition eingebüßt. Die Option, als „strategischer Juniorpartner“ der USA zu einer Großmacht aufzusteigen, besteht für Indien aus grundsätzlichen Erwägungen nicht, da es seine nationale Souveränität nicht schmälern würde, um in eine militärische Allianz einzutreten.<sup>79</sup>

Die alternative Option dazu würde zwar für Indien ein „best case scenario“ darstellen, doch ist sie auf fernere Sicht unrealistisch: nämlich als zweite Supermacht ein Gegengewicht zu den USA in einem neuen bipolaren System zu bilden. Dazu würde Indien noch zu viel Entwicklungszeit brauchen.

Die dritte Option, die sich in den ausgehenden 90er Jahren abzeichnet, muss aus indischer Sicht wiederum als ein „worst case scenario“ bewertet werden. Die gerade zum Zeitpunkt der indischen Nukleartests besonders deutliche Annäherung zwischen der USA und China droht zu einem neuen bipolaren System zu führen, das im Zeichen eines „US-China condominium“ stehen würde.<sup>80</sup> Um dem entgegenzuwirken, bietet sich Indien den USA als „demokra-

<sup>77</sup>In para 3.1 des Entwurfs heißt es: „India’s nuclear forces will be effective, enduring, diverse, flexible, and responsive to the requirements in accordance with the concept of credible minimum deterrence. These forces will be based on a triad of aircraft, mobile land-based missiles and sea-based assets in keeping with the objectives outlined above. Survivability of the forces will be enhanced by a combination of multiple redundant systems, mobility, dispersion and deception.“ Zit. aus: *Draft Report of National Security Advisory Board on Indian Nuclear Doctrine*, a.a.O.

<sup>78</sup>Zit. aus: Inder Malhotra, „Security Issues in Southern Asia“, in: *Strategic Analysis*, Vol. XX, No. 2, May 1997, [www.idsa-ind.org/an-may-4.html](http://www.idsa-ind.org/an-may-4.html), hier S. 5.

<sup>79</sup>Vgl. dazu Jasjit Singh: „Since India will not join another country in a military alliance, this insurance policy has to be autonomous and based on self-reliance.“ Zit. aus: Jasjit Singh (ed.), *Nuclear India*, New Delhi 1998, S. 19.

<sup>80</sup>Vgl. Jasjit Singh: „The United States has sought China’s cooperation in imposing a non-proliferation order in South Asia and in managing Asian security in general. In essence, the

tische Alternative“ zum autoritär regierten China an. Allerdings ist man in New Delhi realistisch genug, den Unterschied zwischen Chinas und Indiens Gewicht zu sehen: China kann als „kommende Supermacht“, Indien dagegen vorläufig nur als „kommende Großmacht“ eingestuft werden. Deshalb muss Indien nach einer weiteren Alternative für eine optimale Neuordnung suchen.

Als Ansatzpunkt dient die inzwischen unisono in New Delhi propagierte Verlagerung der internationalen Macht nach Asien im 21. Jahrhundert. Ob im wirtschaftlichen oder internationalen Bereich: Nach indischer Auffassung seien die meisten neuen Machtzentren in Asien lokalisiert. Dabei ist aufschlussreich, wen indische Sicherheitsstrategen zu „asiatischen Mächten“ zählen. Beispielsweise konstatiert Jasjit Singh:

The need to contain the nuclear dangers becomes evident when it is recognised that six out of the eight nuclear weapon states are Asian powers, that is, China, Russia, India, Pakistan, Israel and the United States.<sup>81</sup>

Legt man mit „sozioökonomischem Wandel“ ein anderes Kriterium zugrunde, so sieht Verteidigungsminister George Fernandes Asien ebenfalls an der Weltspitze:

The coming century will be an Asian century because this is where the world's major socio-economic changes are taking place, and this is where five out of six centres of power and capability – the USA, Japan, China, India, the EU and Russia – are located.<sup>82</sup>

Das letzte Zitat belegt beispielhaft, dass das Konzept eines „polyzentrischen Systems“ inzwischen fest ins Gedankengut der BJP-geführten Koalitionsregierung eingegangen war. Sieht man von der – aus europäischer Sicht – ungewohnten Klassifizierung der USA, Israels und Russlands als „asiatische“ bzw. *rein* asiatische Mächte (ohne Doppelausrichtung) ab, so ist zu fragen, warum sich Indien von diesem Ordnungsmodell die beste Sicherung seiner Interessen verspricht. K. Subrahmanyam, der „geistige Vater“ des Konzepts, stützt seine Begründung auf das inhärente „Gleichgewicht der Macht“:

The legitimacy of nuclear arsenals, the growing awareness of war not being a viable instrument of policy and the globalization process together will lead to a world of six power centres which will have to find a balance among themselves. These are the US, China, Japan, European Union, Russia and India. It is less likely that it will be a multipolar world rather than a polycentric world. A pole would imply a nation which would attract and gather around it some nations

---

US-China condominium or tensions are likely to generate difficult choices for India and its security in future.“ Zit. aus: Jasjit Singh (ed.), *Nuclear India*, a.a.O., S.18.

<sup>81</sup>Zit. aus: Jasjit Singh, „Towards a Safer Asia: An Indian Perspective“, in: *Strategic Analysis*, Vol. XXIII, No.1, April 1999 [www.idsa-ind.org/an-apr9-1.html](http://www.idsa-ind.org/an-apr9-1.html), hier S.3.

<sup>82</sup>Zit. aus: George Fernandes, „The Path to Peace and Prosperity“, in: Jasjit Singh (ed.), *Asian Security in the 21st Century*, New Delhi 1999, S.1.

and repel others. That made sense when there was an ideological confrontation. This is no longer the case. When there is a balance among the number of power centres, most of the other nations will have a very large measure of autonomy of decision making.<sup>83</sup>

Das bisherige globale Machtsystem, das aus indischer Sicht „westlich“ dominiert ist, wird angeführt von einer Führungsgruppe, die sich in verschiedenen exklusiven Zirkeln zusammengeschlossen hat: unter der Schirmherrschaft der „einzigen“ Supermacht USA als die fünf nuklearen Waffenmonopolisten im Sinne des Nichtverbreitungsvertrags oder als die fünf ständigen (P-5) „Vetomonopolisten“ im UN-Sicherheitsrat oder als der exklusive Klub der acht Industriemächte G-8.

Diesem „westlichen Auslaufmodell“ setzt Indien sein neues „asiatisches Gleichgewichtsmodell“ entgegen, dessen sechs Führungszentren zusammen die neue *internationale Brahmanenkaste* konstituieren. Das zentrale Argument, mit dem das sicherheitspolitische Establishment Indiens den Führungsanspruch dieser neuen Brahmanenkaste legitimiert, lautet: Die Stabilität in dem neuen System würde dadurch gewährleistet, dass die sechs Machtzentren sich gegenseitig ausbalancieren, weil sie ständig miteinander interagieren müssen.

Die Argumentation stützt sich auf eine normative Annahme, die keineswegs als gesichert gelten kann: nämlich dass die Interaktion zwischen den sechs Machtzentren „kooperativ“ statt „kompetitiv“ verlaufen wird. Indien jedenfalls soll aufgrund seiner spezifischen kulturell-nationalen Erfahrungen mit gutem Beispiel vorangehen: Zwischenstaatliche Sicherheit sei dadurch zu erzielen, dass sich Indien auf ein „concept of strategic restraint“<sup>84</sup> beschränke. Wie sich das allerdings mit dem dynamischen Grundcharakter des indischen Sicherheitskonzepts und der Strategie einer auszuweitenden Sicherheitssphäre vereinbaren lässt, bleibt offen.

## 7 Perspektive

Die mit dem Stichwort „asiatisches 21. Jahrhundert“ bezeichnete Verlagerung der globalen Dynamik ist seit längerem zu beobachten. Doch mehren sich seit kurzem die Anzeichen, dass diese Aufwertung durchaus auch im negativen Sinn verstanden werden könnte, denn das Krisenpotenzial in Ost- und Südostasien wird immer offensichtlicher.

<sup>83</sup>Zit. aus: K. Subrahmanyam, „The Global Strategic Environment: Bipolarity or Polycentrism?“, in: *Strategic Analysis*, Vol. XX, No. 2, May 1997, [www.idsa-ind.org/an-may-2.html](http://www.idsa-ind.org/an-may-2.html), hier S. 8.

<sup>84</sup>Zit. aus: Kapil Kak, „Management of India's Security and Higher Defense – I“, in: *Strategic Analysis*, a. a. O., [www.idsa-ind.org/an-jun8-1.html](http://www.idsa-ind.org/an-jun8-1.html), hier S. 4.

Als neuer Mitspieler drängt sich nun auch Indien zu Beginn des 21. Jahrhunderts in diesen Prozess hinein. Dadurch gehen nun auch von Südasien neue Impulse, aber zugleich auch erhöhte Sicherheitsrisiken aus. Indien kann als ein „Nachzügler“ im asiatischen Aufwertungswettbewerb bezeichnet werden, der seine Statusaufwertung besonders nachdrücklich einfordert.

Indien selbst versteht sich als stabilisierende Macht im krisenträchtigen asiatischen Großraum und als demokratisches Gegengewicht zu China. Vorläufig lässt sich nicht einschätzen, ob und wann Indien stark genug sein wird, um diese Rolle auszuüben. Seine neue Selbstbehauptung wird aber in jedem Fall Dynamik in das asiatische Machtgefüge bringen. So wird es weiterhin entschlossen darauf hinarbeiten, den ordnungspolitischen Status quo nicht nur in Asien sondern im globalen System zu seinen Gunsten zu verändern. Auch werden seine dynamische Sicherheitsstrategie, seine langfristig angelegten Rüstungsvorhaben und seine energisch betriebene wirtschaftliche Entwicklung Dialogpartner in Europa wie in Asien herausfordern, ihre Beziehungen zu Indien zu überdenken. Entscheidendes Kriterium dürfte dabei sein, wie hoch das Kooperations- und Stabilisierungspotenzial Indiens bei der Neugestaltung der asiatischen Machtstrukturen eingeschätzt wird.

Werner Draguhn (Hrsg.)

## **Indien 2001**

**Politik  
Wirtschaft  
Gesellschaft**

Redaktioneller Beirat:

Prof. Dr. Michael von Hauff  
Prof. Dr. Dietmar Rothermund  
Dr. Christian Wagner

Beiträge von:

Joachim Betz	Citha D. Maaß
Jagdish P. Bhati	Sonja Majumder
Elfriede Bierbrauer	Nina V. Michaelis
Dirk Bronger	Joachim Oesterheld
Jona Dohrmann	Helmut Reifeld
Alexander Fischer	Hans Christoph Rieger
Sushila Gosalia	Dietmar Rothermund
Michael von Hauff	Michael Schied
Heinrich Kreft	Ralf Schmid
Claudia Kruchten-Weinrich	Christian Wagner
Beate Kruse	Martin Z. Wilderer
Jürgen Lütt	Wolfgang-Peter Zingel

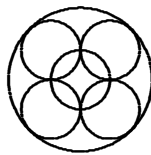


INSTITUT FÜR ASIENKUNDE  
HAMBURG



Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje  
Satz und Textgestaltung in L<sup>A</sup>T<sub>E</sub>X auf Linux: Ruth Cordes, Wiebke Timpe  
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISSN 1436-1841  
ISBN 3-88910-267-0  
Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2001



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 - Fax: (040) 42834 512).